

Dokumentation

Seniorinnen und Senioren im Parlament



Eine Veranstaltung zum Landesjubiläum 2012 des Landtags von Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Landesseniorenrat und dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Dienstag, 04. Dezember 2012

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
Grußwort des Landtagspräsidenten.....	2
Gespräch mit Roland Sing.....	5
Gespräch mit Katrin Altpeter MdL	8
Selbstbestimmtes Leben im Alter	13
AG 1: Dabei sein ist alles! Mobilität macht's möglich	22
AG 2: Ältere ans Netz! Silversurfer im Internet.....	23
AG 3: Lebensqualität durch Generationenkontakte	25
AG4: Mitreden und mitgestalten	26
AG 5: Wie wollen wir leben?	27
AG 6: Gewusst wie – länger selbstständig mit Technik.....	30
AG 7: Älter werden auf dem Land	31
AG 8: Leben in „zwei Welten“	33
Abschlussrunde mit Abgeordneten des Landtags.....	35
Schlusswort des Landtagspräsidenten	70
Impressum.....	72

Hinweis: Eine elektronische pdf-Version der Dokumentation finden Sie auf der Homepage des Landtages. Dort können Sie auch die Fotos der Arbeitsgruppen-Stellwände in einer Bildergalerie einsehen. Nutzen Sie hierfür folgenden Link:

<http://www.landtag-bw.de/cms/seniorenveranstaltung2012>

Grußwort des Landtagspräsidenten

Guido Wolf MdL

Sehr geehrte, liebe Frau Ministerin Altpeter und sehr geehrter Herr Sing als Mitorganisatoren,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtags,
sehr geehrte Frau Professor Dr. Kricheldorf,
sehr geehrter Herr Frühwirth als Moderator,
sehr geehrte Damen und Herren!

„Von wegen alt und einsam. Senioren sind sozial stark vernetzt und engagieren sich in der Gesellschaft“, so war am vergangenen Freitag ein Artikel im Badischen Tagblatt überschrieben, der die Ergebnisse einer Altersstudie des Instituts für Demoskopie Allensbach vorstellte. Nun, wer den umtriebigen Landesseniorenrat Baden-Württemberg mit Roland Sing an der Spitze kennt, wird sagen: Für diese Erkenntnis hätte es nicht erst einer solchen Studie bedurft.

Der Landesseniorenrat vertritt die Interessen von über 2,6 Millionen älteren Menschen in Baden-Württemberg. Sie sind das Sprachrohr dieser Menschen und bringen deren Sichtweise in den politischen Willensbildungsprozess ein. Dabei sind Sie ein geschätzter Gesprächspartner und Ratgeber der Landespolitik.

Ohne Ihre tatkräftige Unterstützung und die Mithilfe des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren wäre diese Veranstaltung so nicht möglich gewesen. Dafür meinen herzlichsten Dank!

Der Landtag hat sich mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen an den Feierlichkeiten zum 60-jährigen Landesjubiläum beteiligt.

Dabei stand für uns der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern im Vordergrund. Nach einer Veranstaltung zur politischen Beteiligung von Frauen und einem Kinder Gipfel bildet nun diese Veranstaltung unter dem Motto „Wie können wir unser Land seniorinnen- und seniorenfreundlich gestalten?“ den krönenden Abschluss des Veranstaltungsreigenes. Besonders gefreut hat mich, dass rund 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit ihrem Erfahrungsschatz dazu beitragen wollen, eine Antwort auf diese Frage zu finden.

60 Jahre Baden-Württemberg – das ist im Wesentlichen die Leistung Ihrer Generation. Durch ihr im Alltag ganz selbstverständlich von Rechtschaffenheit, Fleiß, Pflichtgefühl und Gewissenhaftigkeit geprägtes Leben haben Sie den Erfolg unseres Landes zustande

gebracht. Dafür gebühren Ihnen Respekt und Dankbarkeit. Sie haben die Fundamente gelegt, auf denen wir heute stehen.

Wir können mit Fug und Recht Stolz empfinden auf das Geschaffene: auf das ökonomisch und strukturell Erreichte ebenso wie auf das kulturell und immateriell Hervorgebrachte. Heute sehen und spüren wir: Als Baden-Württemberger haben wir einen stabilen Platz in Deutschland, in Europa, ja in der ganzen Welt, und als Baden-Württemberger sind wir, neudeutsch formuliert, richtig „aufgestellt“ für die Zukunft. Baden-Württemberg ist eine große Gemeinschaftsleistung, und es soll eine große Gemeinschaftsleistung bleiben. Speziell in diesem Sinn ist Ihr Engagement auch weiterhin gefragt.

Sie, meine Damen und Herren, bestätigen die eingangs erwähnte Studie, wonach die Generation der 65- bis 85-Jährigen sehr politisch ist. Und in der Tat: Politik geht uns alle an. Demokratie heißt ja, dass die Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Doch wie soll das Volk beteiligt werden? Die Väter und Mütter des Grundgesetzes und der Landesverfassung



haben sich aus guten Gründen dezidiert für die repräsentative Demokratie entschieden. Diese ist in den letzten Jahren in die Kritik geraten. Trotzdem: Unsere Form der Demokratie, in der sich die Bürger durch gewählte Vertreter regieren, hat sich bewährt.

Denn man darf nicht verkennen, dass sich auch in der repräsentativen Demokratie die politische Beteiligung nicht im Ankreuzen des Wahlzettels erschöpft. Auch hier geht es darum, seine Anliegen und Ideen in den politischen Prozess einzubringen. Wir Parlamentarier müssen wissen, was die Bürgerinnen und Bürger bewegt. Ich will Ihnen an dieser Stelle nichts vormachen: Natürlich können nicht immer alle Vorschläge und Wünsche eins zu eins umgesetzt werden.

Dennoch sind diese „Inputs“ für uns Volksvertreter von grundlegender Bedeutung für unsere Arbeit. Nur so können wir uns ein Gesamtbild verschaffen, um anschließend abzuwägen, welche Entscheidung dem Wohle aller dient.

Der Landesseniorenrat liefert solche Inputs für die Landespolitik, teilweise auch die Stadt- und Kreisseniorenräte auf lokaler und regionaler Ebene. Diese Form der

Interessenvertretung ist legitim und notwendig. Engagieren Sie sich weiterhin. Darüber hinaus möchte ich aber auch jeden einzelnen von Ihnen dazu ermutigen, sich einzubringen. Die repräsentative Demokratie bietet mehr Schnittstellen zwischen Wählern und Gewählten als man gemeinhin denkt. Nutzen Sie diese Möglichkeiten. Suchen Sie den Kontakt zu den Volksvertretern jeder politischen Ebene: Tragen Sie Ihre Vorschläge vor – nicht nur heute, sondern jederzeit!

Ich wünsche Ihnen nun kurzweilige und erkenntnisreiche Stunden im Landtag sowie fruchtbare Diskussionen. Vor dem Meinungsaustausch in den Arbeitsgruppen sollen das Gespräch zwischen Frau Ministerin Altpeter und Herrn Sing sowie das Referat von Frau Professor Dr. Kricheldorff uns noch inhaltliche Impulse liefern.

Ich denke, dass Sie aus der heutigen Veranstaltung doppelten Gewinn ziehen können:

- Zum einen können Sie Ihre Anliegen und Ideen diskutieren und in den politischen Prozess einspeisen.
- Zum anderen lernen Sie Abgeordnete kennen. Dadurch lässt sich – so hoffe ich – manches Vorurteil über die angebliche Bürgerferne der Politik zerstreuen.

Gespräch mit Roland Sing

Vorsitzender des Landesseniorenrates Baden-Württemberg e.V.

Moderation: Jo Frühwirth

Jo Frühwirth: Vielen Dank an den Präsidenten des Landtags, Guido Wolf und wenn wir so zurückblicken, nochmal zur Gründung von Baden-Württemberg, da gab es viele Dinge nicht, die es heute gibt – z.B. den Landesseniorenrat. Der wurde erst 1974 gegründet und hat heute 43 Seniorenräte in Landkreisen und Städten und 34 Organisationen, die sich mit Fragen des Alters und von alten Menschen beschäftigen, sind in seinen Reihen. Also, er ist mittlerweile eine richtige Lobby für die alten Menschen geworden. Und welche Lobbyarbeit er betreibt, das wollen wir jetzt erfahren vom Vorsitzenden des Landesseniorenrates. Herzlich Willkommen, Roland Sing! (Beifall)

Roland Sing, wenn Sie so in die Runde gucken, hier in dieses Foyer des Landtags, wie empfinden Sie, dass sozusagen der Abschluss dieser Feierlichkeiten jetzt mit älteren Menschen und hier im Landtag stattfindet? Wie wirkt das auf Sie?

Roland Sing: Großartig, wunderbar!

Jo Frühwirth: Wunderbar!

Roland Sing: Als Herr Präsident Wolf uns vor einem Jahr eingeladen hatte und als die Idee aufkam, da waren wir schon stolz, dass man an uns gedacht hat beim Landesjubiläum. Wenn jetzt z.B. das Land eine natürliche Person wäre, das wäre großartig. Dann würde der Landesseniorenrat das Land vertreten dürfen.

Jo Frühwirth: Aha (Lacht). Sagen Sie, ich habe vorhin gesagt, Sie sind so etwas wie eine Lobby für die alten Menschen. Wie schätzen Sie die Rolle des Landesseniorenrates selber ein?

Roland Sing: Die Rolle des Landesseniorenrates ist nicht nur die Seniorenvertretung. Der Landesseniorenrat hat die Aufgabe, Wegweiser zu sein, Impulse zu setzen, Anregungen zu geben. Die eigentliche Arbeit liegt in den Kreissenorenräten, in den Stadtseiniorenräten und in den Ortsseniorenräten. Und da ist jetzt kein Unterschied in der Denkweise, aber in der Vielfalt schon. Das Ausarbeiten von Hinweisen und Empfehlungen, das findet immer vor Ort statt.

Jo Frühwirth: Wie beurteilen Sie denn das Potential dieser Seniorenräte?

Roland Sing: Also, aus meiner Sicht sehr groß. Es ist eine unglaubliche Kompetenz an Wissen versammelt. Das ist auch beim Landesseniorenrat so. Was mich wirklich freut - stolz machen, darf ich da gar nicht sagen, aber freuen – das ist, wie viele Menschen sich nach ihrem aktiven Berufsleben einbringen in ihrer vielfältigen Kompetenz, die aus den verschiedenen Berufen heraus resultiert. Und wissen Sie, wenn mir ein früherer Chefarzt sagt „Also, ich möchte da mitmachen und Herr Sing, wenn Sie nichts dagegen haben,

kümmere ich mich um das Thema Patientenverfügung und Organspende“ – und ich muss gar nichts weiter tun als Landesvorsitzender, weil das dort in viel besseren Händen ist, dann ist das doch großartig. Ich muss die Leute nicht ansprechen, sondern die sagen selbst, das und das könnte übertragen werden.

Jo Frühwirth: Es sicherlich ein großes Potential, das vorhanden ist bei Menschen, die in den Ruhestand gehen. Was bräuchte es denn da eigentlich noch, um sozusagen dieses Potential zu heben? Braucht es da noch irgendwelche Unterstützung? Haben Sie da Vorstellungen?

Roland Sing: Eine Sache ist es natürlich, dass man über Altersbilder oder das Altersbild immer wieder neu nachdenkt. Alter heißt halt nicht Krankheit und Pflege. Sondern zunächst einmal heißt Alter „Potentiale des Alters“. Die Gesellschaft kann und muss diese nutzen. Ob das jetzt allen wissenschaftlichen Erkenntnissen standhält – aber ich würde jetzt einmal so formulieren: Zwei Drittel derjenigen im dritten Lebensabschnitt, so zwischen 60 und 80/ 85 Jahren, die können Potentiale einbringen. Und andere sind vielleicht darauf angewiesen. Es ist auch schön, wenn sie es dann bekommen können. Und da wäre mir schon recht, man würde mehr von den Potentialen reden und von den Chancen einer älter werdenden Gesellschaft, als vielleicht immer von der Thematik „Wie finanzieren wir dieses oder wie finanzieren wir jenes“. Wir werden erleben, dass die demographische Entwicklung dazu führt, dass wir noch gerne auf die Potentiale des Alters zurückgreifen, nämlich im ehrenamtlichen und im bürgerschaftlichen Engagement. Das ist auch gut so.

Jo Frühwirth: Auf die Potentiale zurückgreifen, heißt ja, davon auszugehen, dass diese Menschen ihre Potentiale entwickeln, leben und sozusagen der Gesellschaft zur Verfügung stellen können. Also, am Ende heißt es, dass sie möglichst lange selbständig im Alter leben können. Was braucht es dafür, um diesen Zustand zu erreichen?

Roland Sing: Ich fange einmal im kommunalpolitischen Raum an. Dort bedarf es begleitender Strukturen des Ehrenamtes. Wer glaubt, dass Ehrenamt nur funktioniert, weil sich ein paar treffen und sagen, wir engagieren uns jetzt – das ist zu wenig. Wir möchten schon gerne, dass in Kommunen, auch in Städten – in Landkreisen ist es ohnehin gegeben, aber dort gilt natürlich dasselbe – dass wir einfach eine begleitende hauptamtliche Struktur haben. Die braucht gar nicht groß sein. Aber es muss jemand da sein, der die Organisation und die Impulse mit übernimmt. (Beifall) Und das ist oft noch nicht der Fall. Wir brauchen auch ein anderes Bewusstsein, z.B. ist ein Seniorenrat in einer Stadt keine Konkurrenz zum Stadtrat oder zum Gemeinderat. Ich war neulich erst wieder bei einer Veranstaltung, wo es um die Gründung eines Stadtseniorenrates geht und der Bürgermeister sagte als erstes „Ja, ich bin schon dafür, aber...“ und dann hat er alles abgspult, was dagegen spricht, weil man in die Kompetenzen der Kommunalverfassung eingreifen würde. Ja, es schadet doch einem Gemeinderat nichts, wenn er Ratschläge annimmt! Der Präsident hat es gerade in seiner Begrüßungsrede gesagt. Zuhören, das ist wichtig! Wir wollen nicht mitregieren, wir wollen, dass man uns anhört und dass man dann daraus auch die richtigen Schlüsse zieht – das ist wichtig!

Jo Frühwirth: Eine Handlungsfrage?

Roland Sing: Richtig, ja.

Jo Frühwirth: Wie wollen Sie denn an dieser Haltung sozusagen was verändern? Haben Sie da Optimismus, dass Ihnen das gelingt?

Roland Sing: Das wäre ja schlimm, wenn man im Alter keinen Optimismus hätte!

Jo Frühwirth: (Lacht)

Roland Sing: Aber, wir haben etwas Gutes gemacht, so glaube ich. Wir haben 2011 mit den kommunalen Spitzenverbänden Empfehlungen für genau die Kommunalverwaltung, für die kommunale Selbstverwaltung vereinbart, nämlich dass stärker eben Seniorenvertretungen nicht nur ins Leben gerufen, sondern auch begleitet und die Potentiale genutzt werden. Bei den Landkreisen sind wir gut aufgestellt. Sie hatten die Zahlen genannt. Bei den Ortsseniorenräten, da wünsche ich mir allerdings mehr. Wir haben nur in 10% der Kommunen Ortsseniorenräte und das ist doch noch für Baden-Württemberg ein gutes Potential, das es zu verändern gilt.

Jo Frühwirth: Im Alter verändert sich sozusagen auch die körperliche Leistungsfähigkeit ja schleichend. Sie nimmt – machen wir uns nichts vor – sie nimmt einfach ein bisschen ab. Was braucht es denn sozusagen, jetzt für Sie an erster Stelle, um gegen dieses Abnehmen der Leistungsfähigkeit etwas zu tun und die Menschen so selbstständig wie möglich zu Hause zu halten?

Roland Sing: Gut. Da gilt natürlich zunächst einmal schon, dass jeder auch für sich selber verantwortlich ist. Das ist mal das allererste. Und wir brauchen schon eine gute, qualitative Aufklärung und Kampagnen für Prävention und auch für Prävention im Alter. Wir haben jetzt gerade eine Arbeitsgruppe abgeschlossen, den Bericht wird Frau Ministerin Altpeter in Kürze bekommen, nämlich „Aktiv für ein gesundes Altern in Baden-Württemberg“. Da ist der Schwerpunkt Bewegungsförderung in der Kommune, bewegungsfreundliche Kommune. Ziel ist es, jeden ein bisschen zu animieren, dass er mitmacht. Und man sollte es gar nicht glauben, wie viel Potential für den Einzelnen jetzt darin steckt, dass er selber aktiv bleibt oder aktiv ist. Wir stellen uns dem auch, indem wir Kooperationen z.B. mit dem Schwäbischen und Badischen Turnerbund eingehen. Wir stellen uns dem, indem wir die Kommunen bitten, dass sie auch tatsächlich Infrastruktur schaffen, wo dies stattfinden kann. Wir unterstützen z.B., dass Ältere von den elektromobilen Fahrrädern, also diesen Pedelecs erfahren und sich dem Thema zuwenden und wir organisieren dann auch Fahrsicherheitstraining mit den entsprechenden Verbänden. Dann ist das schon alles richtig. Aber das entbindet nicht den Einzelnen davon und das ist unsere Aufgabe, ihn auch daran zu erinnern, dass er sich selber seiner persönlichen Verantwortung stellt - auch für sich selber verantwortlich ist. Was mir aber noch viel wichtiger ist: Dass man Prävention nicht nur unter diesem allgemeinen Gesichtspunkt sieht, sondern auch unter dem pflegerischen Aspekt. Je mehr aktivierende Pflege für Pflegebedürftige organisiert wird – übrigens, in dem Fall auch

finanziert wird, beim anderen habe ich jetzt nicht von Finanzierung geredet – umso mehr kann man tun, dass Jemand nicht in die Pflegestufe 1 kommt oder von der Pflegestufe 1 nicht nach 2 abrutscht. Da ist noch ungeheures Potential und es ist dringend umzusetzen, was im Moment eben nicht stattfindet. Da haben wir noch viel Bedarf. Das kann man im Land organisieren, manches ist aber auch in dem Fall an den Bund adressiert.

Jo Frühwirth: Kann man eigentlich so einen banalen Grundsatz aufstellen und sagen, je mehr auf diesem Gebiet aktiviert wird – ob das jetzt geistig, körperlich, pflegerisch ist – desto weniger muss die Gesellschaft dann letztlich unterm Strich bezahlen?

Roland Sing: Da wäre ich ein bisschen vorsichtig. Die Rechnung geht nicht auf – Prävention gleich Kostenersparnis. Sondern die Rechnung geht so auf: Mehr Lebensqualität für den einzelnen über viele, bessere Jahre. Das ist die eigentliche Botschaft dabei. Und das ist doch auch eine gute und wichtige Botschaft.

Jo Frühwirth: Diese Inhalte – mehr Lebensqualität für den Einzelnen werden heute in den acht Arbeitsgruppen, die ja stattfinden, noch im Einzelnen diskutiert werden und wir werden die Thesen hier heute Mittag mit den seniorenpolitischen Sprechern der Fraktionen diskutieren. Ihre Richtung ist klar geworden. Sie wollen, dass es den Menschen im Alter lange, so lange wie möglich, gutgeht – dass sie aktiv bleiben und dass sie ihr Leben lebenswert gestalten können. Ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit alles Gute und ein offenes Ohr bei den Politikern. Vielen Dank, Herr Sing. (Beifall)

Gespräch mit Katrin Altpeter MdL

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Moderation: Jo Frühwirth

Jo Frühwirth: So, meine Damen und Herren, jetzt sind wir gespannt, welches offene Ohr die Politik für diese Fragen hat. Man kann ja sagen, dass die Wichtigkeit einer Veranstaltung sich daran misst, welcher Politiker sie „mit welcher Intensität in seinen Terminkalender schreibt“. Ich hatte heute Morgen noch eine Befürchtung, weil mir gesagt wurde, die Ministerin sei heute bei der Kabinettsitzung und komme sicher erst ganz knapp vor Beginn. Es war eine Überraschung für mich, dass die Ministerin schon da war, bevor die Veranstaltung überhaupt begonnen hatte (Beifall). Daraus schließe ich jetzt, dass sie diese Veranstaltung sehr ernst nimmt und für wichtig erachtet. Wir sind gespannt, welche Botschaften sie mitbringt. Begrüßen Sie mit mir ganz herzlich die Sozialministerin unseres Landes, Katrin Altpeter (Beifall).

Frau Altpeter, möglichst lange, möglichst gut im Alter leben, aktiv bleiben können – ist das auch Ihre Haltung, nach der Sie Ihre Politik ausrichten?

Katrin Altpeter: Das ist auch meine persönliche Haltung, Herr Frühwirth, weil ich natürlich auch beim Politik-Machen immer von dem ausgehe, was ich mir für mich selber wünsche. Und wenn ich für mich selber ans Alt-Werden denke, dann denke ich: Ich möchte so lange wie möglich teilhaben, ich möchte selbstbestimmt leben und ich möchte mitgestalten können. Aus einer persönlichen Haltung erwächst ja oft auch eine politische Haltung und diese politische Haltung ist demzufolge: Wir wollen den älteren Menschen so lange wie möglich Selbstbestimmung ermöglichen, wir wollen ihnen ermöglichen, ihre Belange entsprechend vertreten zu können und ihr Leben innerhalb unserer Gesellschaft auch aktiv zu gestalten. Und, das sei dazugesagt, das wollen wir natürlich nicht nur aus Altruismus, sondern weil wir in einer älter werdenden Gesellschaft leben, in einer Gesellschaft des demographischen Wandels. In einer Gesellschaft, in der wir hier in Baden-Württemberg seit dem Jahr 2000 mehr 60-Jährige haben als unter 20-Jährige. Dieser gesellschaftlichen Entwicklung muss auch Rechnung getragen werden, indem wir die Potentiale, die ältere Menschen mit sich bringen, fördern und nutzen, damit wir unsere Gesellschaft im Sinne einer demokratischen Gesellschaft, einer teilhabenden Gesellschaft, weiterentwickeln können.

Jo Frühwirth: Was glauben Sie denn, wo denn ältere Menschen ihre Potentiale - und welche vor allen Dingen – einbringen können?

Katrin Altpeter: Ich erlebe in Baden-Württemberg ein überdurchschnittliches Engagement von älteren Menschen im Bereich bürgerschaftliches Engagement. Ich weiß, dass ältere Menschen einerseits dort ihre Erfahrungen einbringen können und auch mit dazu beitragen können, dass Generationensolidarität gefördert wird, indem sie nämlich z.B. ihr Erfahrungswissen an Jüngere weitergeben. Andererseits können sie aber auch davon profitieren, was die jüngere Generation ihnen vielleicht voraushat. Deutlich wird das für mich immer am Beispiel Handy, Smartphone. Ich gehöre noch nicht unbedingt der älteren Generation an, aber ich muss sagen, ich bin ganz froh, wenn mir meine 15-jährige Tochter erklärt, wie das im Einzelnen funktioniert, denn ich selber würde das nicht können. Und ich glaube, das ist ein ganz gutes Beispiel, wie wir Generationensolidarität leben können, indem nämlich Ältere von Jüngeren lernen, Jüngere aber auch profitieren können von der Erfahrung, von dem Wissensschatz, den ältere Menschen mitbringen.

Jo Frühwirth: Dazu braucht es natürlich auch die Haltung, dass wir die Älteren in unserer Gesellschaft halten. In der Gesellschaft halten heißt zuerst mal auch in der Wohnung. In der Wohnung halten, möglichst lange zuhause, so dass sie sich einbringen können an dem Ort, wo sie leben. Was braucht es dazu noch, um das zu optimieren? Haben Sie da Vorstellungen?

Katrin Altpeter: Wenn wir davon ausgehen, dass ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt zuhause leben wollen, dann braucht es vielerlei Voraussetzungen. Zunächst müssen die entsprechenden baulichen Voraussetzungen gegeben sein. Wenn ich nicht mehr so gut gehen kann, dann ist es sehr hilfreich, wenn in meinem Haus ein Aufzug ist und ich nicht fünf Stockwerke die Treppe hochgehen muss. Zum Leben in der

eigenen Wohnung gehört natürlich auch dazu, dass in der Umgebung die Infrastruktur vorhanden ist. Wenn ich nicht mehr Auto fahren kann, dann wäre es ganz gut, wenn ich fußläufig zu meinem nächsten Einkaufsladen komme und auch zum Arzt und zur Apotheke. Damit ich in meiner Wohnung selbstbestimmt leben kann, gehört es aber auch dazu, dass ich Hilfe bei bestimmten Erledigungen bekomme, also zum Beispiel bei der Schwäbischen Kehrwoche, die ist bei zunehmendem Alter etwas schwierig. Es ist wichtig, dass ich dort in meinem Stadtteil, in meinem Wohnviertel, die Möglichkeiten habe, mir diese Hilfe auch tatsächlich zu holen.

Jo Frühwirth: So vom Bild her müssen wir als Gesellschaft eigentlich das ersetzen, was früher in der Großfamilie so selbstverständlich war. Können wir das als Gesellschaft, rein von der Organisation und vom Geld? Wenn Sie sagen, ich muss mir das holen, ich muss mir jenes holen. Ich brauche entsprechende Ausstattung im Haus, das kostet alles Geld. Wie stehen Sie zu dieser Frage?

Katrin Altpeter: Bevor ich die Frage beantworte, sei mir die Bemerkung gestattet, dass wir natürlich alle gerne dazu neigen, sozusagen die Legende der Großfamilie zu pflegen. Wenn ich aber nur eine oder zwei Generationen zurückblicke, dann weiß ich, dass es z. B. in der Nachkriegsgeneration bereits sehr viele alleinerziehende Mütter gab und es da mit der Großfamilie schon nicht mehr so ganz weit her war. Familien, in welcher Zusammensetzung

auch immer, haben damals einfach schauen müssen, wie sie miteinander klarkommen. Aus diesem Grund begegne ich diesem Bild von der Großfamilie mit gewisser Zurückhaltung. So schön das ist und so gerne wir das alle hätten.



Aber natürlich müssen wir heute eine Entwicklung zur Kenntnis nehmen, dass familiäre Zusammenhalte nicht mehr in dem Maße stattfinden. Das hat mit Mobilität zu tun, das hat damit zu tun, dass Kinder heute nicht mehr ein Leben lang an dem Ort leben und arbeiten, an dem auch die Eltern sind und Ähnliches. Das bedeutet in der Folge, dass wir schauen müssen, Leistungen, die von einer Familie erbracht wurden, sozusagen aus einem anderen Topf schöpfen zu können. Das wird natürlich zum einen eine Frage des Geldes sein. Es soll keiner glauben, dass Versorgung oder Pflege umsonst sein kann. Aber es wird zum anderen natürlich auch das bürgerschaftliche Engagement eine zunehmend größere Rolle spielen und hier sehe ich ganz, ganz viel Potential bei der

älteren Generation, die sich dann einbringen kann oder einbringen wird, solange sie noch fit ist und sich noch einbringen kann, um dann nachher vielleicht – wenn sie Hilfe braucht – auch wieder profitieren zu können. Auch das halte ich für gelebte Generationensolidarität.

Jo Frühwirth: Weil man ja sozusagen die Menschen nicht immer herbringen kann, kommen ja andere auf die Idee zu sagen, wir müssen die Technik dafür einsetzen. Also, dieses Schreckensszenario heißt der Roboter in der Pflege und im Haushalt und ich werde jetzt von der Maschine betreut und nicht mehr vom Menschen. Wie ist denn da Ihre Haltung?

Katrin Altpeter: Ich würde menschliche Betreuung und technische Unterstützung nicht in Konkurrenz zueinander setzen wollen. Vielmehr bin ich der Auffassung, dass sich beides in sinnvoller Art und Weise ergänzen und damit Menschen zu einem möglichst langen selbstständigen Leben verhelfen kann. Warum beispielsweise soll ich keinen Alarm in meiner Wohnung haben, der klingelt, wenn ich die Wohnungstür verlasse und ich meine Herdplatte angelassen habe? Das ersetzt bei weitem noch nicht menschliche Wärme und menschliche Zuneigung, aber das kann ein Baustein sein, mit dessen Unterstützung ich mein Leben selbständig gestalten kann. Deswegen würde ich Technik und menschliche Zuwendung nicht in Konkurrenz zueinander setzen wollen, sondern in unterstützender Technik eine Möglichkeit sehen, die bei der selbständigen Lebensgestaltung hilft.

Jo Frühwirth: Sie haben gerade gesagt, wenn ich aus der Haustür herausgehe. Ich verbinde damit das Bild, dass manche alte Menschen vielleicht gar nicht mehr so richtig alleine rausgehen können, also geschweige denn, Auto fahren oder so. Wie steht es denn mit dem Thema Mobilität?

Katrin Altpeter: Das Thema Mobilität wird in der Zukunft in einer älter werdenden Gesellschaft ein ganz wichtiges sein. Mobilität wird ja nicht nur erlebt als Auto fahren oder Omnibus fahren, sondern Mobilität heißt „mobil zu sein, beweglich zu sein“. Im weitesten Sinne hat es ja auch sehr viel zu tun mit Teilhabe an der Gesellschaft, hat sehr viel damit zu tun, ob ich isoliert lebe, ob ich den ganzen Tag vor meinem Fernseher sitze oder ob ich mit anderen Menschen in Kontakt trete und mit ihnen ins Gespräch komme. Deswegen halte ich das Thema Mobilität in einer älter werdenden Gesellschaft für ein ganz zentrales Thema und ich darf vielleicht an der Stelle sagen, dass wir aus diesem Grund im Februar nächsten Jahres einen Kongress veranstalten werden. Als Sozialministerium wollen wir unter dem Motto „Mobil -Aktiv - Beteiligt. Initiativen für ein selbstbestimmtes langes Leben“ diesen Themenkomplex noch einmal genauer betrachten. Also, wie schaffen wir über Mobilität Teilhabe für ältere Menschen an der Gesellschaft? Ich bin sehr froh, dass wir hier neben anderen auch den Landesseniorenrat als Kooperationspartner gewinnen konnten und ich erwarte mir davon auch weitere Erkenntnisse für unser politisches Agieren im Hinblick auf Mobilität und Beteiligung.

Jo Frühwirth: Das Thema „Älter werden und alte Menschen“ das ist ja eigentlich, so kann man sagen, Ihr Lebensthema. Sie kommen ja aus diesem Bereich, haben da gearbeitet, haben sich dann auch als junge Politikerin da sehr engagiert und jetzt als Ministerin sitzen Sie sozusagen an den Schalthebeln. Wie wichtig sind Ihnen die Impulse der Menschen, die jetzt in der Tat hier teilhaben an einem gesellschaftlichen Prozess?

Katrin Altpeter: Für mich sind diese Impulse sehr wichtig. Wir initiieren nicht einen gesellschaftlichen Prozess, um nachher sozusagen die Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen, ohne sie umzusetzen.

Jo Frühwirth: .. in den Papierkorb zu werfen.

Katrin Altpeter: Sagen wir, Aktenschrank – Papierkorb hört sich so abwertend an. Aber, wir initiieren natürlich auch diesen gesellschaftlichen Prozess, diesen Prozess der Beteiligung, auch heute Nachmittag in den acht Arbeitsgruppen, um Impulse zu bekommen. Wir möchten erfahren, was bewegt die Menschen, wovon sind sie im besten Sinne bewegt und was haben wir zu bewegen? Damit für uns auch klar ist, wohin der politische Weg in einer älter werdenden Gesellschaft geht. Ob sich jeder einzelne Punkt dann politisch umsetzen lässt, das ist sicher eine Frage der Rahmenbedingungen, die dann zu klären ist. Aber so viel Ehrlichkeit, so denke ich, muss dann aber auch sein, zu sagen: „So, wir wissen, wie der Weg sein muss, wir können das und das, den und den Schritt machen, aber vielleicht nicht alles auf einmal“.

Jo Frühwirth: Also Frau Ministerin, mein Eindruck war aus unserem Gespräch, dass Sie jetzt wirklich eine Einladung ausgesprochen haben, sich gesellschaftlich zu beteiligen, sich einzubringen und sich zu engagieren und aktiv zu bleiben, auch im Alter. Und für diese Einladung möchte ich Ihnen auch im Namen der Anwesenden ganz herzlich danken (Beifall).

Selbstbestimmtes Leben im Alter

Impulsreferat von Prof. Dr. phil. Cornelia Kricheldorff

Einen schönen guten Tag meine Damen und Herren!

Ich freue mich, dass ich bei dieser letzten offiziellen Geburtstagsfeier für das Land Baden-Württemberg den Blick der Wissenschaft mit hinzufügen darf und ich habe bei den vorangegangenen Beiträgen gut zugehört – Bürgernähe war Ihr Thema, Herr Wolf. Ich hoffe, dass ich manche Dinge, die jetzt gesagt worden sind, tatsächlich mit dem Blick der Wissenschaft untermauern kann, aber nicht in einem abgehobenen Sinn, sondern sehr vererdet, sehr nah an der Praxis – wie ich mich auch immer sehr nah an der Praxis fühle, mit vielen Projekten, die wir bei uns an der Katholischen Hochschule gemeinsam in der Praxis durchführen. Und ich habe auch genau hingehört bei dem Fachgespräch, das gerade eben mit der Ministerin, Frau Altpeter, geführt wurde. Sie sprach davon, wie wichtig es ist, selbstbestimmt leben zu können. Genau hier knüpfe ich an. Bei den vielen Kontakten, die wir über die Forschungs- und Praxisprojekte haben – wenn ich hier in die Runde schaue, sind mir einige Gesichter über diese Projekte sehr wohl bekannt – höre ich das immer wieder, dass das im Grunde genommen der zentrale Wunsch vieler älterer Menschen ist, im Alter selbstbestimmt leben zu können. Und auch, wenn wir auf die Demographie-Strategie der Bundesregierung blicken, die gerade eben formuliert wurde, finden wir diesen Begriff wieder: Selbstbestimmtheit und selbstbestimmt leben im Alter. Bei vielen Themen, die ich eben gehört habe, juckt es mich so ein bisschen in den Fingern – ich würde gerne etwas hinzufügen oder kommentieren – aber ich bin heute beschränkt auf dieses Thema „Selbstbestimmt leben im Alter“ und ich bin außerdem gebeten, meine Zeit einzuhalten. Von daher werde ich mich auch ziemlich streng an diese Vorgabe des Themas halten, wenngleich an der einen oder anderen Stelle durchaus auch von meiner Seite aus eine Ergänzung aus gerontologischer Sicht sicher gut wäre.

„Selbstbestimmt leben im Alter“ – was möchte ich mit Ihnen in dieser knapp bemessenen Zeit gemeinsam etwas näher betrachten? Es ist ein Impulsvortrag, ein Impuls in die Arbeitsgruppen hinein. Es geht mir zunächst einmal darum, ganz kurz das Thema zu skizzieren – es ist hier schon in den Gesprächen angeklungen: Was sind denn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das selbstbestimmte Leben im Alter? Da werde ich ein paar Begrifflichkeiten aus der Wissenschaft zu dem hinzufügen, was Sie gerade eben schon gehört haben. Ich würde gerne mit Ihnen der Frage nachgehen: Selbstbestimmung, was ist das eigentlich? Ein viel strapazierter Begriff, aber was verstehen wir eigentlich darunter, was heißt das genau? An dieser Stelle möchte ich Ihnen kurz und knapp eine einschlägige wissenschaftliche Theorie vorstellen – die Selbstbestimmungstheorie. Von dieser Selbstbestimmungstheorie ausgehend möchte ich das Thema Selbstbestimmung im Alter und was es dafür an Voraussetzungen braucht, ein Stück weit ableiten - Selbstbestimmung in relevanten Lebensbereichen und Selbstbestimmung in relevanten Lebensbezügen. Und ich würde Ihnen gerne ein zweites

Modell mit dazulegen, das sogenannte SOK-Modell und auch das in Verbindung bringen zum selbstbestimmten Leben im Alter, um dann abschließend, in einer ganz kurzen Zusammenfassung, auf die Themen Ihrer Arbeitsgruppen hinzuleiten. So weit zu meinem Konzept für den Vortrag.

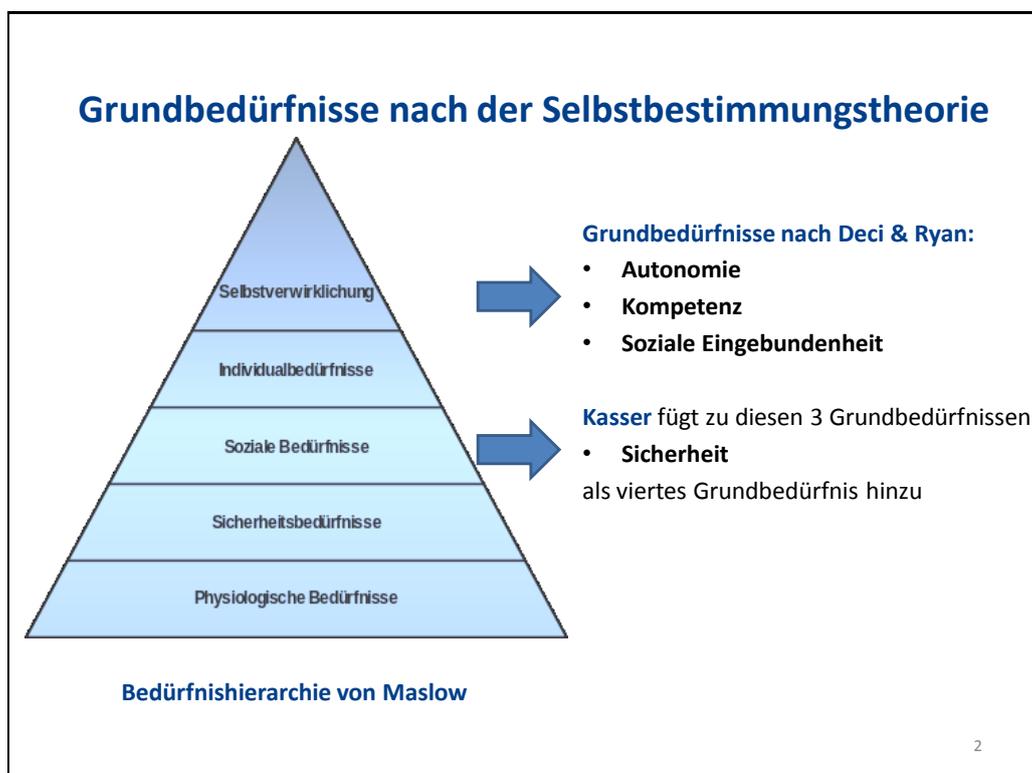
Wir haben gerade eben schon viele Gedanken und Aspekte zum demographischen Wandel gehört, der einen der wichtigsten Faktoren für die sich wandelnden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen darstellt. Demographischer Wandel ganz kurz skizziert: wir sprechen von einem dreifachen Altern. Immer mehr Menschen werden im Verhältnis zu den immer weniger werdenden Jüngeren immer noch etwas älter. Jährlich sind das ungefähr drei Monate an Lebensalterzuwachs und insgesamt in der Tendenz – mehr oder weniger regional ausgeprägt unterschiedlich – nimmt die Bevölkerung ab. Wichtig finde ich den Gedanken, dass die mittleren Generationen dabei an Bedeutung gewinnen. Die Gerontologie spricht hier von den Sandwichgenerationen, die die Anforderungen der vielen Älteren, aber auch die Anforderungen, die die Jungen an die Gesellschaft stellen, abpuffern oder abfedern müssen – ebenso es das Bild vom Sandwich ausdrückt. Und so fühlen sich auch manche, mit umfangreichen Verpflichtungen nach oben und unten. Wir haben einen gesellschaftlichen Wandel, der sich auch in der familiären Situation niederschlägt, zum Beispiel in der Zunahme von Alleinstehenden und Alleinerziehenden. Wir haben steigende Scheidungszahlen, die das noch ein Stück weit verstärken. Das führt unter anderem zum Phänomen der Patchworkfamilien. Wir haben mehr Frauen in Erwerbstätigkeit und, wie Frau Altpeter vorher auch sagte, große räumliche Entfernungen zwischen den Generationen – auch eine Wirkung von Mobilität. Hans Bertram, ein Familiensoziologe, hat dafür den schönen sperrigen wissenschaftlichen Begriff der „multilokalen Mehrgenerationenfamilie“ geprägt. Den kann man mögen oder nicht. In dem Begriff schwingt mit, dass sich offensichtlich auch bei größerer räumlicher Entfernung Familien als zusammengehöriger Familienverband fühlen – eben als Mehrgenerationenfamilien. Und dass sie die Frage, wie sie ihr familiäres Leben gestalten, vor diesem Hintergrund jeweils neu aushandeln müssen, neu gestalten müssen – das geht nicht so wie beim Wohnen um die Ecke. Wenn ich von mir ausgehe: Meine Kinder wohnen an ganz anderen Ecken Deutschlands, was sich studienbedingt so ergeben hat. Ich bin eine sehr begeisterte Großmutter, aber meine Großmuttertschaft lebe ich völlig anders, als das meine Mutter gemacht hat, die wirklich um die Ecke verfügbar war. Dennoch – wir sind eine Mehrgenerationenfamilie, aber unter anderen Voraussetzungen und mit veränderten Spielregeln und genau das beschreibt Bertram mit diesem Begriff. Ein anderer Fachterminus aus der Familiensoziologie spricht von den Bohnenstangenfamilien. Das heißt, wenn wir immer älter werden, wächst auch die Wahrscheinlichkeit, dass ich möglicherweise auch meine Urenkel noch erleben werde, dass sich also die Generationenfolgen verändern, neue Generationen entstehen. Wir haben sich ständig verändernde Lebensbedingungen und so unterliegt auch das Thema Gesundheit und Krankheit erheblichen qualitativen Veränderungsprozessen. Das ist vorhin ebenfalls schon angeklungen. Und wir haben das hoch relevante Thema Pflegebedürftigkeit – auch da gibt es durchaus unterschiedliche fachliche

Perspektiven, zum Beispiel auch zu der Frage, ob wir die gegenwärtigen Zahlen pflegebedürftiger Menschen einfach fortschreiben dürfen, ob das überhaupt zulässig ist oder ob hier nicht ganz andere Generationen mit anderen gesundheitlichen Ressourcen ins Alter kommen und sich damit auch die Bedingungen verändern, ob sich damit nicht auch Zahlen und Prognosen verändern müssen. Das Thema Ressourcen und Aktivität ist gerade eben schon ausreichend angeklungen. Wir haben auch im Alter eine deutliche Veränderung der Lebensstile – Stichworte sind hier Pluralisierung und Individualisierung - und auch im Alter haben wir viele individuelle Wahlmöglichkeiten, wie wir uns entscheiden können, wo wir unsere ganz persönlichen Schwerpunkte setzen wollen.

Jetzt haben wir gerade eben gehört, dass das bürgerschaftliche Engagement, das freiwillige Engagement ein wichtiger Faktor für die Gesellschaft der Zukunft sei. In diesem Kontext stellt sich doch die Frage, welche Rolle das Thema Selbstbestimmung im Alter in dieser Hinsicht spielt, denn wir haben sehr viele Unterstützungspotenziale in Familien, Nachbarschaften und Wohnquartieren, die bislang nicht genügend genutzt werden. Das müssen ja nicht die Ressourcen der eigenen Eltern und Großeltern sein, es können auch die Ressourcen sein, die in der Nachbarschaft verankert sind und die in einem intergenerationellen Dialog verfügbar gemacht werden, in ganz kleinräumigen, nachbarschaftlichen Bezügen. Das hat Auswirkungen auf Altenhilfe und Pflege, wobei eine wichtige Frage in diesem Kontext lautet: Sind wir an den Grenzen des Systems? Denn immer noch ist die Familie der wichtigste Pflegedienst. Was passiert aber, wenn sich die Familie verändert, so wie ich es skizziert habe? Daraus ergibt sich aus meiner Sicht die Notwendigkeit eines neuen Pflege-Mix und die Frage: Wie kann im Alter ein selbstbestimmtes Leben realisiert werden, wenn wir all diese Veränderungen haben, die tatsächlich ein Stück weit von den bisherigen gewohnten und dominierenden Strukturen wegführen und gelingt selbstbestimmtes Leben im Alter auch bei Einschränkungen und bei Pflegebedürftigkeit? Wir haben gerade eben in der Diskussion sehr stark erlebt, wie der Fokus auf die Potenziale, auf die Ressourcen gesetzt wird, aber es ist nun mal auch ein Teil des Alters, dass Pflegebedürftigkeit, dass Einschränkungen entstehen.

Selbstbestimmung, was heißt das eigentlich? Selbstbestimmung ist auf jeden Fall das Gegenteil von Fremdbestimmung und geht von einer persönlichen Unabhängigkeit aus, beinhaltet die Möglichkeit und Fähigkeit zur Selbstverantwortung und zur Selbststeuerung. Das sind zwei ganz zentrale Begriffe. Wir müssen fragen, wer kann Verantwortung für sich übernehmen, wer kann sich selber steuern? Selbstbestimmtheit beschreibt hingegen den Umstand, dass Menschen ihre Handlungen selbst frei wählen und auch ausführen können. Die Selbstbestimmungstheorie - die erste wissenschaftliche Theorie, die ich Ihnen näherbringen will - ist im Wesentlichen geprägt durch die beiden amerikanischen Psychologen Edward L. Deci und Richard M. Ryan. Der englische Begriff dafür lautet: „Self Determination Theory“. Sie beschäftigt sich mit der Förderung von menschlicher Selbstbestimmtheit und damit, wie soziale Umgebungen so gestaltet werden können, dass sie ein persönliches Wachstum – Lebensqualität war vorhin der Begriff – und Wohlbefinden fördern können. Es gibt ganz klar zu benennende Grund-

bedürfnisse, die die Eckpfeiler dieser Selbstbestimmungstheorie sind. Und diese Grundbedürfnisse gehen von einem sehr bekannten Modell aus – der Bedürfnishierarchie von Maslow. Diese besagt, dass wir erst mal die Basis unserer Bedürfnisse gut gedeckt haben müssen. Das sind vor allem die körperlichen, die physiologischen Bedürfnisse und auch das Sicherheitsbedürfnis. Darauf bauen dann andere Bedürfnisse auf, wie z. B. soziale Bedürfnisse, aber auch ganz individuelle Bedürfnisse, mit dem Ziel der Selbstverwirklichung. Anders ausgedrückt heißt das: Wenn die Basis brüchig ist – und mit dem Blick in die Zukunft ist ein wichtiges Stichwort die Altersarmut. – wenn wir also nur über eine brüchige Basis verfügen, dann kann das, was darauf aufbaut, kein richtiges Fundament finden. Das heißt, irgendwie ist dieses Bild der Pyramide, das Maslow geprägt hat, schon auch ein sehr eingängiges und prägendes.



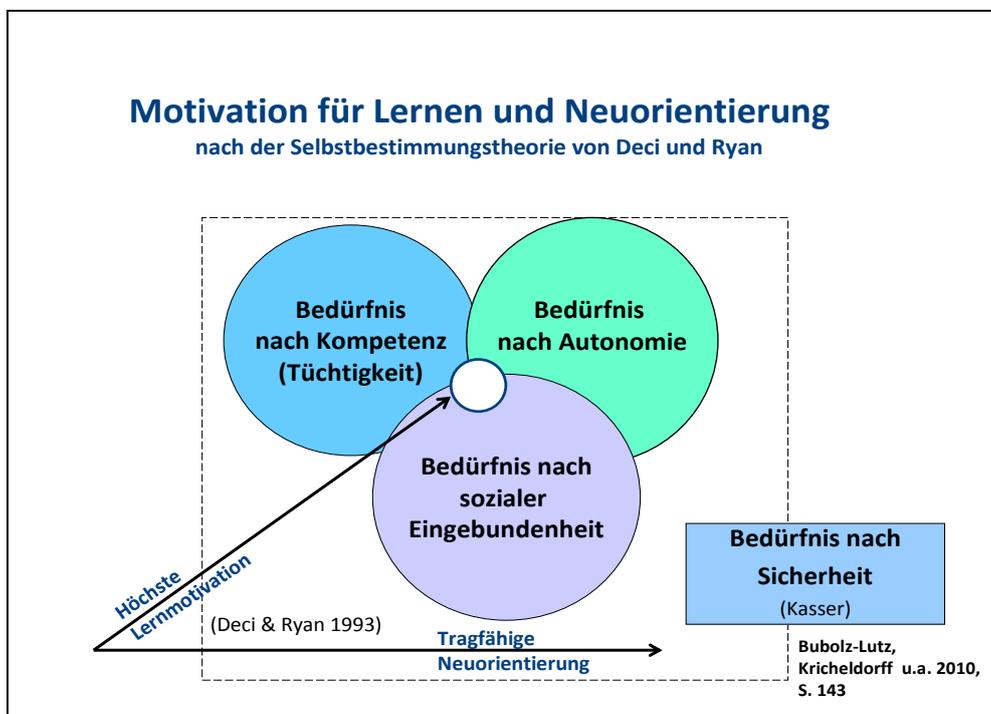
Davon gehen Deci und Ryan aus und sie leiten daraus ab: Es sind im Wesentlichen drei Grundbedürfnisse, die wichtig sind, um Selbstbestimmtheit leben zu können. Nämlich das Bedürfnis nach Autonomie, das Bedürfnis nach Kompetenz und das Bedürfnis nach sozialer Eingebundenheit. Ein anderer amerikanischer Psychologe, Tim Kasser, der aus der gleichen „Schule“ und Logik kommt, fügt diesen drei Grundbedürfnissen noch ein viertes hinzu, nämlich das Grundbedürfnis nach Sicherheit. Ich habe vorhin in der Diskussion sehr aufmerksam zugehört. Diese vier Grundbedürfnisse sind in unterschiedlichen Kontexten heute schon mehrfach genannt worden. Wir haben in einer Veröffentlichung zum Thema Geragogik – Lernen im Alter, die ich gemeinsam mit einer Kollegin als Lehrbuch im vorletzten Jahr publiziert habe, diese Selbstbestimmungstheorie von Deci und Ryan als Basis genommen, um zu erklären, was für die Menschen notwendig ist, die einerseits die Bereitschaft haben, sich anzupassen, die aber auch daran arbeiten

sich zu verändern, die mit dem Altern verbundenen, notwendigen Anpassungsleistungen zu vollziehen und so etwas wie eine tragfähige Neuorientierung im Alter zu entwickeln.

Die drei schon genannten Grundbedürfnisse sind also:

- Das Bedürfnis nach Kompetenz, nach Tüchtigkeit, zeigen zu können was ich weiß, ein Stück Erfahrungswissen einbringen zu können und für das, was lebenslang an Kompetenz erworben wurde, auch einen Ort zu finden.
- Das Bedürfnis nach Autonomie - selbst entscheiden zu können, Selbststeuerung zu übernehmen.
- Das Bedürfnis nach sozialer Eingebundenheit, die Verbundenheit mit anderen Menschen.

An der Schnittstelle dieser drei Bedürfnisse entsteht die höchste Lernmotivation. Lernen ist dabei nicht gemeint im Sinne von schulischem Lernen, sondern es geht vor allem um Lernen im Alltag, also das, was wir ständig tun, um uns anzupassen. Das geschieht vor allem dann, wenn wir offensichtlich Bedingungen vorfinden, in denen wir Kompetenz zeigen dürfen – wenn ich das, was ich kann und weiß, das was mein Erfahrungswissen ist, auch einbringen kann. Dort, wo ich auch für mich entscheiden darf und dabei das Gefühl von sozialer Eingebundenheit empfinde, da entsteht auch die Motivation, etwas zu tun. Und jetzt kommt noch dieses Bedürfnis nach Sicherheit dazu, das notwendig ist, um so etwas wie tragfähige Neuorientierung zu entwickeln.



Selbstbestimmung im Alter heißt also im Sinne der Selbstbestimmungstheorie, im Prozess des Alterns sowohl das Bedürfnis nach Autonomie als auch das Bedürfnis nach

sozialer Eingebundenheit in einer ausgewogenen Balance leben zu können. Auf den ersten Blick erscheint es fast wie ein Widerspruch. Einerseits sozial eingebunden, andererseits autonom zu leben. Aber wir müssen festhalten, dass sich beide Begriffe gegenseitig bedingen. Autonomie kann eigentlich nur gelebt werden, wenn ich in einem gewissen Maß auch soziale Unterstützung habe, wenn ich über ein soziales Netzwerk verfüge. Sonst wird Autonomie sehr schnell zur Selbstausgrenzung und das kann eigentlich keiner wollen. Das heißt, es geht immer darum, hier eine Balance hinzubekommen zwischen diesen beiden Polen. Gleichzeitig braucht es Rollen und Aufgaben, die dem Bedürfnis entsprechen, die lebenslang erworbenen Kompetenzen und Potentiale einbringen und zeigen zu können - Orte, Räume, Gelegenheiten. Wir haben gerade eben gehört, das war Ihre Aussage Herr Sing, wir brauchen dafür auch Strukturen in den Kommunen. Wir brauchen auch ermöglichende Strukturen für die Menschen, sich mit ihrem Erfahrungswissen, mit ihren Kompetenzen und Potentialen einzubringen. Und, wenn wir Tim Kasser zitieren, muss auch noch die ausreichende Befriedigung des individuellen Sicherheitsbedürfnisses dazukommen.

Wir haben gehört, Wandel der Lebensformen, Pluralisierung der Lebensstile, Individualisierung. Da erscheint es mir ganz wichtig, doch nochmal so ein bisschen korrigierend zu beschreiben, dass das ja nicht die Lebensrealität aller Menschen beschreibt. Es ist keineswegs so, dass wir alle, wenn wir aus dem Berufsleben ausscheiden oder wenn die Familienphase zu Ende geht, an einer Art Wegkreuzung stehen und uns frei entscheiden könnten, wohin der Weg gehen soll. Wir sind ja durch unsere Biographie vorgeprägt, auch in der Frage inwieweit Wege geebnet oder eher verbaut sind. Das heißt, hier spielen auch das soziale Umfeld, die Bildungsmöglichkeiten und die materiellen Grundlagen eine wesentliche Rolle. Das medial oft vermittelte Bild der vermögenden Älteren, auf der Sonnenseite des Lebens, spiegelt eben nur eine Facette des Alters wider, aber es trifft nicht auf das Alter insgesamt zu. „Altern geschieht heute inmitten von Freisetzungs-, von Pluralisierungs- und Detraditionalisierungsprozessen“, so drückt das eine Kollegin, Cornelia Schwappe, aus. Und das kann einerseits gut sein, weil es uns völlig neue Möglichkeiten und Chancen eröffnet, aber es bringt auch Unsicherheit mit sich. Es überfordert auch manche Menschen, weil es eben nicht mehr so klar ist, wie die weitere Lebensplanung aussieht und wo es hingeht. Ich hab viele qualitative Interviews im Rahmen verschiedener Studien geführt, in denen mir ältere Menschen genau das so beschrieben haben, dass es für sie auch ein Stück weit verunsichernd ist, mit so vieler Offenheit umzugehen. Heiner Keupp, Sozialpsychologe aus München, hat dafür den Begriff der „riskanten Chancen“ geprägt und beschreibt damit, dass Altern heute Risiko und Chancen gleichermaßen ist. Und die Frage: Wohin tendiert mein Leben eher - in Richtung Risiko oder in Richtung Chance? - hat ganz viel mit unseren individuellen biographischen Prägungen und Bedingungen zu tun. Wenn wir also fragen „Was ist Selbstbestimmung in relevanten Lebensbereichen?“, dann erkennen Sie sicher unschwer in der folgenden Systematik, dass ich damit die Themen der Arbeitsgruppen des heutigen Nachmittags aufgegriffen und mit den zentralen Grundbedürfnissen im Sinne der Selbstbestimmungstheorie verbunden habe.

Selbstbestimmung in relevanten Lebensbereichen

	Autonomie	Kompetenz	Soziale Einbindung	Sicherheit
Mobilität	Selbstwirksamkeit - freie Entscheidung über Art der Mobilität – wie, wohin, wann?	Wissen über Mobilitätshilfen und Verfügbarkeit von Verkehrsmitteln	Mobilität ist Voraussetzung für Teilhabe und soziale Einbindung	Gefühl von Sicherheit im Straßenraum, im Verkehr, ist Basis für Mobilität
Wohnen	Freie Entscheidung bezüglich Wohnform und Gemeinschaft	Wohnform entspricht den persönlichen Fähigkeiten und Kompetenzen	Wohnen in gelebten Nachbarschaften und lokalen Netzwerken	Wohnform befriedigt das persönliche Sicherheitsbedürfnis
Technik zur Unterstützung des Alltags	Einsatz von sinnvollen Technologien im Alltag (AAL) sichert Autonomieerleben	Möglichkeiten von Technikunterstützung einzuschätzen und damit umgehen zu können	Assistive Techniken im Alltag ermöglichen soziale Teilhabe und Einbindung	Unterstützende Technik federt Herausforderungen des Alltags ab und macht ihn sicherer
Kommunikation	Kommunikation über neue Medien und Internet kann persönliche Autonomie sichern	Internetkompetenz als Brücke zu anderen Menschen – kann Zuwachs und Erhalt von Kompetenz ermöglichen	Internet, Skype und andere Formen der Kommunikation schaffen soziale Einbindung auch über große Entfernungen hinweg	Neue Formen der Kommunikation können ein höheres Maß an Sicherheit vermitteln (z.B. Hausnotruf)

3

Selbstbestimmung in relevanten Lebensbezügen

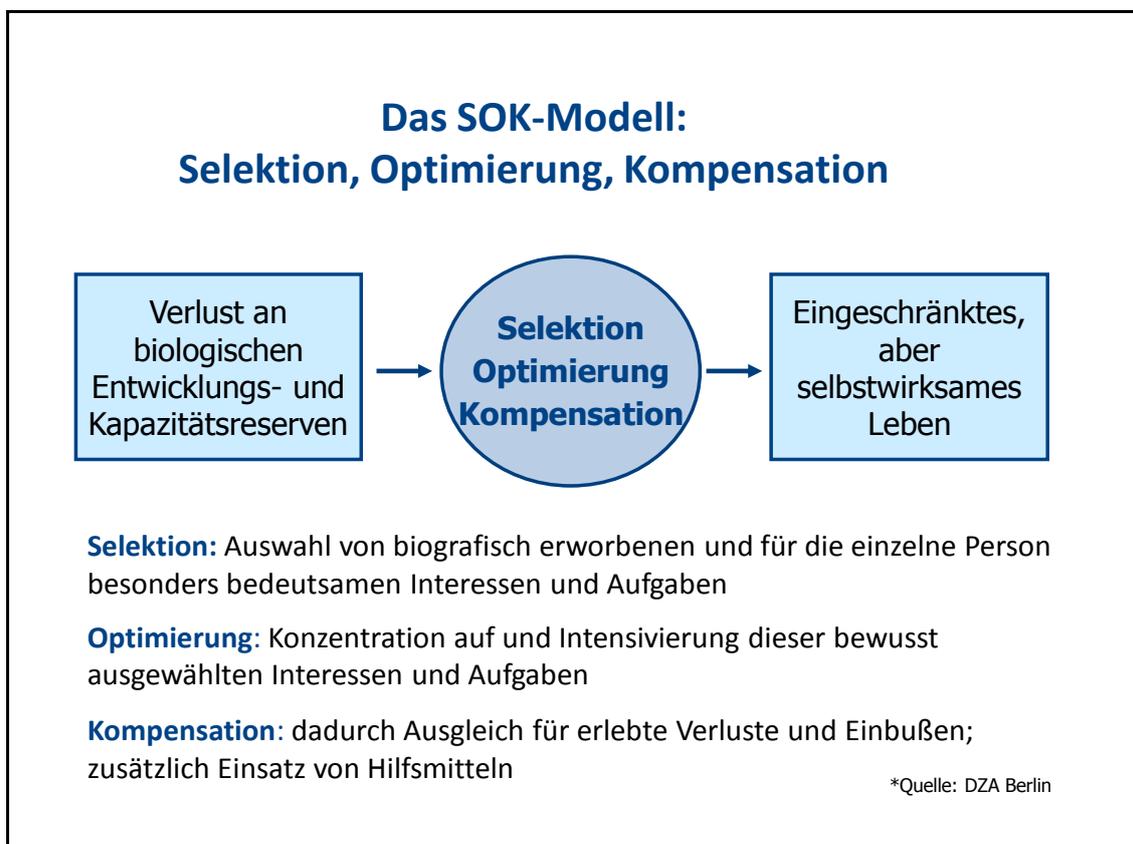
	Autonomie	Kompetenz	Soziale Einbindung	Sicherheit
Generationenkontakte	Eigene, bewusste Entscheidung über Kontakthäufigkeit und Art der Kontakte	Erfahrungswissen und Kompetenzen können weitergegeben werden	Intergenerationelle Kontakte sichern soziale Einbindung und Teilhabe	Kontakte zu anderen Generationen machen sicherer im Umgang miteinander - Abbau v. Vorurteilen
Engagement und Beteiligung	Selbst gewähltes, und Sinn stiftendes Engagement stärkt Selbstbewusstsein -- fördert Autonomie	Im Engagement können Kompetenzen und Tüchtigkeit gezeigt werden	Engagement fördert Kontakte und soziale Einbindung	Beteiligung und Engagement setzen aber persönliche Sicherheit voraus (z.B. materiell)
Altern im ländlichen Raum	Autonomie braucht einen gesicherten strukturellen Rahmen – im ländlichen Raum zum Teil brüchig	Kompetenz wird oft im familiären Rahmen eingebracht - Kompetenzzuwachs durch Bildung weniger möglich	Einbindung in eher traditionellen Bezügen – Problem der „Zugezogenen“	Gute nachbarschaftliche Beziehungen sind wichtiger Faktor für Erleben von Sicherheit
Migration	Altern in Deutschland auf der Basis eigener Entscheidung oder eher unfreiwillig?	Zeigen von Kompetenzen (Performanz) scheitert oft an mangelnden Sprachkenntnissen	Integration versus „kulturelle Enklaven“	In Lebensläufen älterer MigrantInnen zeigen sich oft „kumulative Benachteiligungen“

4

Es geht um die Fragen, was Selbstbestimmung im Bereich Mobilität und im Bereich Wohnen bedeutet. Was hat Selbstbestimmung mit der Technik-Unterstützung im Alltag zu tun und was mit Kommunikation? Und wenn wir diese Fragen mit den vier Grundbedürfnissen der Selbstbestimmungstheorie verbinden, können wir relevante Antworten

ten finden. Das ist mein Input für Ihre Arbeitsgruppen, die im weiteren Verlauf der Veranstaltung vorgesehen sind.

Die zweite theoretische Fundierung ist das SOK-Modell – SOK steht für Selektion, Optimierung und Kompensation. Es handelt sich dabei um eine Theorie über das Altern, entwickelt vom Gerontologen-Ehepaar Baltes, Anfang der 1990-er Jahre. Ihre zentrale Aussage lautet: Altern ist auch Verlust, ist auch Abbau, nicht nur Zuwachs, wie es das Konzept des „Aktiven Alterns“ zuweilen vermittelt. Wenn es uns aber gelingt, die drei zentralen Schritte - Selektion, Optimierung und Kompensation - bewusst zu gehen und zu gestalten, dann können wir ein möglicherweise eingeschränktes, aber dennoch selbstwirksames Leben im Alter führen. Diese Theorie ist also eng verknüpft mit unserem heutigen Thema der Selbstbestimmung im Alter.



Selektion meint also, dass wir aus all unseren Interessen, Aufgaben und Lebensplänen, die auswählen, die für uns besonders bedeutsam sind. Optimierung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass wir diesen bewusst ausgewählten Schwerpunktsetzungen in unserem Leben einen besonderen Stellenwert einräumen, dass wir sie mit besonderer Hingabe wahrnehmen und gestalten. Dadurch erleben wir eine Kompensation von Verlusten und Einbußen. Kompensation ist aber auch möglich durch den Einsatz von Hilfsmitteln.

Gerade für die Arbeit in den Seniorenbeiräten, in den Beratungsstellen für ältere Menschen, in den Begegnungsstätten und Quartierstreffs lässt sich daraus eine besondere Programmatik ableiten. Es geht darum, ermöglichende Strukturen zu schaffen, in

denen ältere Menschen im Austausch mit anderen, auch mit anderen Generationen, sich über das, was ihnen besonders bedeutsam ist im weiteren Leben, klar werden können. Was will ich, was ist der rote Faden in meinem Leben, was kann und will ich in seinem weiteren Verlauf anpacken und realisieren? Was ist möglich und wo muss ich vielleicht die Richtung ändern? Es geht also einerseits um Innehalten und Reflexion, andererseits aber auch um Aktivität, die aber keinen Selbstzweck verfolgt, sondern als Sinn stiftend erlebt wird. Wenn uns diese Klärung in unserem Leben gelingt, vor allem im Übergang in die Altersphase, ist ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter möglich.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

AG 1: Dabei sein ist alles! Mobilität macht's möglich

Fortbewegung sichert soziale Teilhabe im Alter

Moderatoren/Impulsgeber: Dr. Christoph Rott und Werner Schürle, Schriftführer: Helmut Mandler

Mobilität ist grundlegend wichtig für die körperliche und geistige Gesunderhaltung älterer Menschen. Sie ist entscheidend für die Nutzung des Lebensraumes und damit für die Sicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bis ins hohe Alter.

Mit zunehmendem Alter sinkt die Ausdauer- und Bewegungsfähigkeit des Menschen. Frühe Anzeichen eingeschränkter Mobilität sind körperliche Behinderungen, zunehmende Sturzgefahr und Verlust der Selbständigkeit.

Formen der Mobilität sind die Fortbewegung zu Fuß, mit dem Fahrrad (auch Pedelec), dem Rollator, im Rollstuhl, mit dem Auto, Taxi, Bus und Bahn oder ein Mobilitätsmix.

Die Mehrheit der über 65-jährigen Menschen in Deutschland ist weder pflege- noch hilfsbedürftig und will das Leben selbstständig und aktiv gestalten. Die Zahl der Älteren wird in den kommenden Jahren spürbar zunehmen, d.h. in Zukunft werden noch mehr ältere Menschen als Fußgänger, Radfahrer, PKW-Lenker oder Bahn- und Busnutzer aktiv am Straßenverkehr teilnehmen. Um den mobilen Ansprüchen der Älteren gerecht zu werden, muss die Verkehrsraumgestaltung den spezifischen Bedürfnissen angepasst werden.

Wichtige Themenbereiche des öffentlichen Personenverkehrs sind geeignete Fahrkartenautomaten, Servicestellen, Tarife, Streckenstilllegungen, Fahrpläne, Informationssysteme, Fahrzeugausstattung und Zugänge zu und innerhalb von Bahnhöfen. Bestehende und zukünftige Richtlinien für barrierefreie Verkehrsanlagen müssen konsequent umgesetzt werden, u. a.: Bordsteinabsenkungen, angepasste Ampelphasen, genügend Fußgängerwege, Aufzüge und Rolltreppen, überschaubare Informationssysteme, ausreichende Toiletten, etc.

Auf Landesebene könnten Planungsleitfäden für die Umsetzung der Anforderungsprofile für Ältere hilfreich sein. Gezieltes Fahrsicherheitstraining für Ältere würde die Fahrsicherheit fördern und das nötige Verantwortungsbewusstsein im Straßenverkehr stärken. Bei allen Verkehrsverbänden in unserem Land sollten dringend „Fahrgastbeiräte“ installiert werden und der ÖPNV sollte attraktiver werden, aber für sozial Schwache bezahlbar bleiben.

Weitere Wünsche, Meinungen und Anregungen: Der Einsatz von Bürgerbussen sollte erweitert und gefördert werden. Als Vorlage könnte die Nutzung in anderen Bundesländern dienen. Mobilitätsgerechte Einrichtungen für Behinderte sollen ausgebaut werden. Für ausreichend Personal an den Bahnhöfen und Verkehrszentren muss gesorgt werden. Die Einführung einer umfassenden Senioren-Netzkarte ist wünschenswert. Die Benutzbarkeit aller Einrichtung im Öffentlichen Verkehr ist generell zu überprüfen und zu optimieren. In die Bahnhofsgestaltung sind Ruheplätze und funktionsgerechte Räume

für Ältere, Familien und Behinderte zu integrieren. Um den Kindern und Jugendlichen Mobilität bis ins hohe Alter zu sichern, sollen diese schon im frühen Alter durch ausreichend Sport zu einer bewegungsfreundlichen Lebenshaltung geführt werden. Das Bewusstsein jedes Bürgers zur Eigenverantwortung muss geschärft werden. Jeder muss sich seiner persönlichen Verantwortung für seine eigene Gesundheit und Mobilität bewusst sein.

Hauptanliegen:

1. Förderung der medizinischen Versorgung im Hinblick auf die Erhaltung der Mobilität – unter der Perspektive der Selbstverantwortung jedes Einzelnen.
2. Nutzungsmöglichkeiten des öffentlichen Verkehrsraumes aus der Sicht der Älteren verbessern.

AG 2: Ältere ans Netz! Silversurfer im Internet.

Internetkompetenz – das Tor zur Welt

Moderation/Impulsgeberin: Carmen Stadelhofer, Schriftführer: Bodo Kleineidam

Die Moderatorin begrüßt die Teilnehmenden. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde gibt die Moderatorin anhand von Bildern einige kurze Impulse, das Thema Interneterschließung und Internetnutzung Älterer betreffend. Sie benennt die Aufgabe der Arbeitsgruppe, bis 14 Uhr zwei Hauptanliegen zum Thema: „Wie können wir unser Land seniorenfreundlich mitgestalten.“

Dann fordert sie die Teilnehmenden auf, sich zu dieser Fragestellung zu äußern. Es erfolgte eine engagierte Diskussion, wobei folgende Aspekte benannt wurden.

Diskussionsnotizen:

PC und Internet ist für die ältere Generation ein unverzichtbarer Faktor zur Teilhabe am Leben:

- Informationsmöglichkeit jeder Art
- Einkaufsmöglichkeiten (besonders im ländlichen Raum, für Hochaltrige und Mobilitätseingeschränkte) (e-Commerce)
- Kommunikation mit Familie, Freunden
- Menschen mit ähnlichen Interessen tauschen sich übers Netz aus oder arbeiten zusammen, Nutzen für die Zusammenarbeit in Gruppen (z. B. Seniorenrat)
- Information Reisemöglichkeiten, Fahrkartenkauf, Buchungen, Online-Banking
- Behördengänge (e-Government) – Zeit- und Kostenersparnis
- e-Voting: politische Partizipation der Älteren übers Netz. Teilnahme an Diskussionen, direkte Befragung von Abgeordnete, die Antworten kommen ins Netz, auch wer nicht antwortet
- Mobilitätseingeschränkte Menschen sind eingeschlossen

Es wurden die Vorteile benannt, die das Internet den Älteren auf der persönlichen Ebene und gesellschaftlicher Ebene bringt. Es wurde darauf hingewiesen, dass Menschen, die sich nicht des Internets bedienen können, unabhängig vom Alter, immer mehr ökonomisch benachteiligt werden. Wichtig ist, dass ein schneller und kostengünstiger Zugang für alle Voraussetzung ist. Vielfältigkeit der vorhandenen Angebotsformen in BW:

Senior/-innen werden mit unterschiedlichen Methoden an die Internetnutzung herangeführt:

- Zahlreiche Senior-Internet-Initiativen (Netzwerk sii) mit Schnupperkursen, und Übungsangeboten, die die Lerninteressen und das Lerntempo der Älteren berücksichtigen sowie eine angepasste Auswahl der Themen
- Zahlreiche Einführungskurse für Anfänger/-innen bei den Volkshochschulen. Sind aber oft für Ältere nicht geeignet (ein Dozent ist nicht ausreichend, zeitliche Festlegung auf einen Gesamtkurs, teuer)

Zu beachten ist:

- Unterschiedliche Kenntnisstände der Erst-Teilnehmer/-innen
- Besser kleine Gruppen, Tempo an die Einzelnen anpassen
- Erstes Ziel: Berührungängste nehmen
- Einsatz von jungen Helfer/-innen für Kurse und Beratung
- Gebraucht wird Unterstützung bei Lösung von Problemen zuhause

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass wohnortnahe Anlaufstellen für Ältere mit IKT-Fragen notwendig sind. Möglichkeiten des Aufbaus eines eigenen INTRANET im Ort wurde angesprochen. Nutzung von Facebook wurde unterschiedlich positiv und negativ bewertet.

Probleme in der Praxis:

- Keine lückenlose Verfügbarkeit von Breitband (DSL-) Zugängen im Land, das wäre notwendig als Voraussetzung der Nutzung durch Bürger/-innen und Industrie und Handel (im ländlichen Raum!!)
- Finanzierung zur Beschaffung der Ausstattung in Einrichtungen (Laptops, Netzwerk, Drucker, mobile Geräte)
- Teilweise fehlende kommunale Unterstützung bei der Nutzung von Räumen
- Fehlendes Versicherungskonzept für Personen- und Sachschäden, wenn Senior-Internet-Helfer/-innen für Problemlösung am Computer im Privathaushalt von Senior/-innen tätig sind
- Fehlendes Konzept zur Weiterqualifizierung von ehrenamtlichen Helfer/-innen, Dozent/-innen, Berater/-innen
- Unzureichende dezentrale wohnortnahe Struktur für Anlaufstellen

Hauptanliegen:

1. Aufbau und Betrieb eines Seniorenportals für BW zum Austausch von Seniorenbelangen (siehe www.seniorweb.ch und www.seniorweb.nl beispielsweise mit einer Anschubfinanzierung für 3 Jahre durch die Regierung NL).
2. Unterstützung bei der Weiterentwicklung dezentraler Strukturen zum flächendeckenden Aufbau von Internet-Übungs- und Beratungsstellen für die ältere Generation nach dem Modell „Senior-Internet-Initiativen“ (www.netzwerk-sii-bw.de) sowie kontinuierliche Weiterbildungsangebote für die ehrenamtlich arbeitenden Senior-Internet-Helfer/-innen.
3. Lückenlose Breitbandanbindung (DSL) im ländlichen Raum.

AG 3: Lebensqualität durch Generationenkontakte*Aufwachsen mit Erfahrung der Älteren - Altern mit den Ideen der Jüngeren*

Moderation/Impulsgeberin: Eva Balz, Schriftführerin: Monika Bungert

Diskussionsverlauf / Ergebnisse:

- Schüler / Schülerinnen gehen im Rahmen ihres Unterrichts ins Pflegeheim.
- Austausch: Auszubildende (Beispiel Kreissparkasse) machen einen vierzehntägigen Einsatz im Pflegeheim, Auszubildende Altenpfleger-innen arbeiten bei der Sparkasse.
- Jugendliche übernehmen Einkaufsdienste.
- Schüler und Schülerinnen helfen Senioren im Umgang mit dem Computer.
- Dienst bei Familien, damit die Angehörigen für kurze Zeit entlastet sind.
- Lesepatenschaften im Kindergarten, in Schulen, in Seniorenheimen.
- Stadtführungen für Jugendliche und Neubürger.
- Kinderpaten / Unterstützung bei Familien in außergewöhnlichen Situationen.
- Unterstützung bei den Hausaufgaben.
- Möglichkeiten ausschöpfen, Beispiel: Badische Landesbühne hat Kartenkontingent für bedürftige Familien.
- Kinderärzte verteilen Gutscheine, wenn die Untersuchungen 1 – 9 durchgeführt werden.
- Ausbildungspaten: Jugendliche bekommen Hilfe bei der Lehrstellensuche (Bewerbungstraining)
- Sprachcafe: Patenschaften für Migranten
- Fazit: Begegnungen zwischen Jung und Alt sollen selbstverständlicher werden, mehr Menschen in Kontakt bringen (Beispiele: Begegnungsstätten, Cafe in Seniorenheimen, Bürger bzw. Stadtteilzentren)

Hauptanliegen:

1. Einrichtung einer hauptamtlichen Stelle als Seniorenbeauftragte/Seniorenbeauftragter:
 - Anlaufstelle für die Koordination der Ehrenämter und für die Belange älterer und jüngerer Mitbürger

2. Generationenprojekte sollen ideell anerkannt werden:
 - Zertifikate vom Land
 - Bei Generationen übergreifenden Projekten finanzielle Unterstützung als Anreiz

AG4: Mitreden und mitgestalten

Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung

Moderation/Impulsgeber: Dietrich Eckhardt, Schriftführerin: Ingrid Schwörke

Nach der Begrüßung der großen Gruppe im Plenarsaal gab Dietrich Eckhardt vom LSR den Impuls zur Diskussion mit 5 Sätzen, die am Flipchart abzulesen waren:

- Was sind die wesentlichen Punkte unseres gemeinsamen Tuns?
- Sammlung von Ideen zur Umsetzung
- Was sind die Hinderungsgründe bzw. was steht dagegen?
- So könnte es gehen!
- Wesentliche Kernaussage als Fazit



Die Wortmeldungen zu den Sätzen 3 und 4 waren sehr zahlreich.

Immer wieder tauchte die Frage nach Neueinsteigern in schon bestehende Projekte auf. Es wurde festgestellt, dass die Gruppe der aus dem Berufsleben ausscheidenden Menschen für Tätigkeiten im sozialen Bereich schwer zu erreichen und zu gewinnen ist. Es kam ein Vorschlag, sich eine neue Bezeichnung für „Senioren“ bei der Werbung für die Mitarbeit in Projekten einfallen zu lassen.

Das negative Altersbild in der Presse wurde auch beanstandet. Wenn Berichte über Senioren kommen, dann meist nur als Kostenfaktor für die Allgemeinheit.

Hier wurde geraten, sich mit der örtlichen Presse kurz zu schließen und selbst positive Beispiele anzubieten (wo engagieren sich die Älteren, wie steht es um das Miteinander der Generationen).

Ein weiteres Thema waren die finanziellen Aufwendungen, die bürgerschaftlich Engagierte oft noch selbst tragen: Material- und Fahrtkosten, Telefon- und Versandgebühren kommen zu den selbstverständlichen Abnutzungskosten des eigenen Autos und der Benutzung der eigenen Wohnräume noch hinzu.

Hier wurde darauf hingewiesen, dass die Kommune, die Kirchengemeinden oder sonstige Träger, die ja auch Nutznießer des Engagements sind, für die Erstattung der Ausgaben aufkommen sollten. Das Engagement darf nicht auch noch aus der eigenen Tasche bezahlt werden.

Es wurde festgestellt, dass viele Kommunen schon diese Aufwandsentschädigungen anbieten.

Aus den Beiträgen der Teilnehmer war zu entnehmen, dass die einzelnen Kommunen und Städte in Baden-Württemberg sehr unterschiedlich mit der Unterstützung und Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements der Älteren umgehen.

Die Senioren und Seniorinnen – da waren sich die Teilnehmer einig – müssen viel mehr darauf bestehen, dass sie auch politisch gehört werden. Es sollte möglich sein, dass bei Themen, die die Senioren betreffen, diese auch schon im Vorfeld in Entscheidungen einbezogen werden.

Es wurde aber auch berichtet, dass durch Hartnäckigkeit und plausible Begründungen der Senioren, schon beschlossene Maßnahmen von der Gemeinde zurückgenommen wurden.

Teilhabe am politischen Geschehen, die Erfahrung des Lebens einbringen, auch im politischen und gesellschaftlichen Bereich, dies war der Wunsch und die Forderung an die Politiker am Ende der Diskussion.

Als Beispiel wurde Schleswig-Holstein genannt, wo eine Teilhabe der Älteren in der Verfassung verankert ist.

Hauptanliegen:

1. Politik für Senioren heißt Politik mit Senioren, d.h. bessere Einbindung bei seniorenrelevanten Themen; abgesicherte Mitwirkungsmöglichkeiten, Anerkennungskultur war die zweite Forderung der Gruppe.
2. Neben der Wertschätzung braucht es Einsicht in die Notwendigkeit, entsprechende Rahmen- und Arbeitsbedingungen zu schaffen für das Engagement, zu denen auch die Klärung des finanziellen Teils gehört. Auch die Versicherungsfragen – so war es aus der Runde zu hören – sind bei vielen Initiativen noch nicht geklärt.

AG 5: Wie wollen wir leben?

Wohnformen im Alter

Moderation/Impulsgeber: Dr Peter. Messmer, Schriftführerin: Mailin Dienes

Die Frage nach dem „Wie wollen wir leben?“ wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zunächst spontan einhellig beantwortet: favorisiert wird das selbständige und selbstbestimmte Leben in der eigenen Häuslichkeit- und zwar so lange wie möglich. Dieser Wunsch rückt die Frage in den Mittelpunkt, wie es älteren Menschen auch bei

zunehmendem Hilfe- und Unterstützungsbedarf ermöglicht werden kann, in ihrem Zuhause zu verbleiben.

Nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer müssten dazu zunächst geeignete Wohnbedingungen geschaffen werden. Genannt wurden in diesem Zusammenhang barrierefreie Wohnungen, die Entwicklung von Konzepten des betreuten Wohnens zu Hause und quartiersbezogener Wohnkonzepte, sowie die Bereitstellung eines Angebots an niedrigschwelligen und bezahlbaren Alltagshilfen. Auch altersgerechte Wohnraumanpassungen seien von großer Bedeutung, allerdings gestalte sich hier die Finanzierung häufig schwierig, bzw. es fehle das Wissen über entsprechende Fördermöglichkeiten, z. B. der Pflegekassen und der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Daher wird die Wohnberatung als sehr wichtig erachtet, die sowohl Informationen zu Fördermöglichkeiten als auch zu verfügbaren Wohnangeboten in der Umgebung liefern könne. Einige Kommunen verfügen bereits über Wohnberatungsstellen, ein flächendeckender Ausbau solle aber angestrebt werden. Darüber hinaus brauche es ambulante Dienste mit individuell abgestimmten Angeboten, damit Menschen auch mit hohem Pflegebedarf zu Hause wohnen bleiben können.



Ergänzend zu den professionellen Diensten bedürfe es dem Auf- bzw. Ausbau von Nachbarschaftshilfen und bürgerschaftlichem Engagement, so dass aktive Gemeinden bzw. Wohnquartiere sowie Netzwerke zwischen allen Akteuren entstehen können. Die Gesellschaft insgesamt sei gefordert, Menschen den möglichst langen Verbleib in der eigenen Häuslichkeit zu ermöglichen. Dabei solle vor allem die Kommune die Rolle der professionellen Unterstützerin - wie z. B. in Eichstetten - übernehmen. Des Weiteren thematisierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass neben altersgerechten Wohnbedingungen und Dienstleistungen zur Unterstützung und Pflege häufig auch das Wohn-

umfeld angepasst werden müsse, um älteren Menschen den Verbleib in ihrem angestammten Wohnquartier zu ermöglichen.

Die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sei hierbei von zentraler Bedeutung. Sie solle Standard werden, vor allem auch im ländlichen Raum. Ferner zeichne sich ein altersgerechtes Wohnumfeld durch die Erreichbarkeit und Zugänglichkeit zu sozialen, kulturellen oder medizinischen Einrichtungen, zu formellen und informellen Treffpunkten, zu Einkaufsgelegenheiten und diversen Dienstleistungsangeboten eines Stadtteils bzw. einer Gemeinde aus. Darüber entscheide sowohl die räumliche Nähe entsprechender Angebote, Mobilitätsangebote (z. B. ÖPNV) sowie baulich-technische Maßnahmen (z. B. barrierearme Fußwegverbindungen). Insbesondere im ländlichen Raum sei dies oft nicht gewährleistet.

Sofern ein Verbleib im eigenen zu Hause nicht bzw. nicht mehr möglich ist, wünschen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer möglichst vielfältige Wahlmöglichkeiten zwischen alternativen Wohnformen, z. B. Senioren- bzw. Pflegewohngemeinschaften, Mehrgenerationenhäuser und Wohnungsbörsen. Hervorgehoben wurde, dass es nicht „den“ älteren Menschen gibt und damit individuelle Präferenzen bei der Wahl der Wohn- und Betreuungsform bestehen. Deutlich wurde auch der Wunsch, dass sich traditionelle Wohn- und Betreuungsformen weiterentwickeln. So gälte es bezogen auf das Betreute Wohnen, Transparenz bei den jeweils angebotenen Betreuungsleistungen zu schaffen und das Angebot z. B. auch durch 3-Zimmerwohnungen zu ergänzen. Ferner sollten gute und wohnliche Heime entstehen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer problematisierten, dass alternative Wohnangebote bisher aus Kostengründen nicht allen Menschen zugänglich seien (z. B. Pflegewohngemeinschaften). Wünschenswert sei daher eine flexiblere Leistungsgewährung durch die Pflegekassen sowie eine Förderung - zumindest jedoch keine Behinderung - alternativer Wohnformen durch das neue Heimrecht.

Kontrovers diskutiert wurde der „richtige“ Zeitpunkt für die Auseinandersetzung mit der Frage, wie man selbst im Alter leben möchte. Fakt sei, dass ältere Menschen häufig zu lange warten, bis sie sich mit dem Wohnen im Alter auseinandersetzen. In vielen Fällen sei dann nur noch ein Umzug ins Pflegeheim möglich. Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer plädieren daher dafür, dass Informationen frühzeitig eingeholt und die Entscheidung für eine Wohnform im Alter frühzeitig (ca. ab 50 Jahre) getroffen werden sollte, damit der Wohnwunsch realisierbar ist, wenn die Notwendigkeit besteht. Dem wurde jedoch das Argument entgegengesetzt, dass man mit 50 Jahren i.d.R. noch beruflich engagiert und in andere Lebenszusammenhänge eingebunden sei, so dass man seine Wohnwünsche im Alter noch nicht antizipieren könne. Bedarf und Bedürfnis im Alter seien schwer vorherbestimmbar, eine frühzeitige Entscheidung für eine Wohnform müsse daher auf Basis der derzeitigen Konstitution erfolgen. Auch die damit verbundene Einschränkung der Flexibilität im Alter wurde kritisch beurteilt. Einigung bestand zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dahingehend, dass ältere Menschen bei der Suche nach Informationen zu verschiedenen Wohnoptionen im Alter bisher weitgehend auf sich alleine gestellt seien. Schwierig sei dabei insbesondere die

Informationsgewinnung zu Wohnraumanpassungen und deren Finanzierungsmöglichkeiten sowie zu technischen Assistenzsystemen (AAL). Hier wünschen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehr Unterstützung durch die Politik, Kommunen und Hochschulen, z. B. in Form von Informationsbroschüren und Wohnberatungsstellen.

Hauptanliegen:

1. Alle politischen Ebenen, die Kostenträger sowie die professionellen Dienstleister sollen Rahmenbedingungen (insbesondere Infrastruktur) schaffen, damit ein selbstbestimmtes Leben im Alter in allen Formen und zu sozialverträglichen Kosten möglich ist.
2. Seniorinnen und Senioren sind selbst gefordert, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv in den Prozess der Lebens- und Wohngestaltung im Alter einzubringen, wobei sie aktiv von den Kommunen unterstützt werden sollten (z. B. Wohnberatung).

AG 6: Gewusst wie – länger selbstständig mit Technik

Alltagsunterstützende Technologien für Seniorinnen und Senioren

Moderation/Impulsgeber: Dr. Asarnusch Rashid, Schriftführer: Dr. Andreas Marg

Im Mittelpunkt des Interesses alter Menschen steht „zu Hause leben in Selbstbestimmung und Sicherheit“.

Ein umfassendes Beratungsangebot ist erforderlich, welches individuelle Beratung gewährleistet und über bestehende konventionelle Technik, die es schon gibt, sowie über neue Technologieentwicklungen informiert und dabei auf die individuelle Nützlichkeit der Mittel abzielt.

Die Beratung kann sowohl über die professionellen Strukturen der Pflegestützpunkte und IAV-Stellen wie auch über Kreissenorenräte, ehrenamtliche Wohnberater und in Schauräumen stattfinden.

Hier sind auch Handwerker und weitere Dienstleister im häuslichen Umfeld zu berücksichtigen, um an unterschiedlichen Anlaufstellen Beratungskompetenzen aufzubauen.

Ein breites Informationsangebot gängiger technischer Lösungen muss daher an die Handwerker und an die Wohnungsbaufirmen herangetragen werden. Handwerker kommen in alle Haushalte und werden um Rat gefragt und sind damit zentrale Multiplikatoren. Wohnungsbaufirmen sind in Energiefragen bereit zu investieren, sie können auch für Barrierefreiheit und alltagsunterstützende Technologien gewonnen werden.

Einfache Bedienbarkeit der Technik ist eine wichtige Voraussetzung für eine weite Verbreitung von technologischen Anwendungen.

Bei der Entwicklung von Technik sollte man daher Vertreter von Nutzern bzw. Patienten einbeziehen. In Baden-Württemberg als Land der Tüftler sollte auf diese Weise eine Vielfalt von technologischen Entwicklungen zu erreichen sein. Der Einsatz von Technik darf nicht zur Überforderung der älteren Menschen führen.

Bezahlbare Lösungen alltagsunterstützender Technologien sind anzustreben.

Die Kosten von pflegenahen technologischen Lösungen, beispielsweise Notrufsysteme, sollten von den Kassen übernommen werden. Alltagsnahe Lösungen wie Herdabschaltung oder Lichtsteuerung sind in der Verantwortung des Nutzers zu verorten. Die Verbreitung und Anwendung der technologischen Lösungen sollte nicht am Geldbeutel scheitern. Eine Gesamtstrategie „Generationengerechtes Wohnen und Leben“ wäre wünschenswert, um zu den unterschiedlichen Lebenssituationen der Bürgerinnen und Bürger die adäquate Unterstützung anbieten zu können.

Hauptanliegen:

1. Informations- und Aufklärungsoffensive über den Einsatz technischer Hilfsmittel im häuslichen Bereich
2. Rahmenbedingungen für den Einsatz von Technik im Bereich der pflegerischen stationären Versorgung

AG 7: Älter werden auf dem Land

Der ländliche Raum braucht kreative Ideen für die Infrastruktur

Moderation: Rainer Häußler, Impulsgeber: Gerhard Kiechle, Schriftführerin: Christine Blankenfeld

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsgruppe „Älter werden auf dem Land“ beschäftigten sich eingehend mit der These bzw. dem Untertitel der Arbeitsgruppe: „Der ländliche Raum braucht kreative Ideen für die Infrastruktur“.

Herr Gerhard Kiechle, Bürgermeister a.D. der Gemeinde Eichstetten, führte mit einem Impulsreferat in das Thema ein. Eichstetten liegt am Fuße des Kaiserstuhls in der Nähe der Stadt Freiburg und hat rund 3.300 Einwohnerinnen und Einwohner. 1998 wurde dort die Bürgergemeinschaft Eichstetten e.V. gegründet. Unter dem Motto „Das Dorf übernimmt den Generationenvertrag“ haben sich in der Bürgergemeinschaft Menschen zusammengefunden, die bereit waren, Verantwortung für das „Dorf als Lebensform“ zu übernehmen. Ziel war es, alt werdenden Menschen die Möglichkeit zu schaffen, ihren Lebensabend in gewohnter Umgebung verbringen zu können. Die Bürgergemeinschaft als lokale Verantwortungsgemeinschaft will den „Wechsel von der Versorgungs- zur Mitwirkungsgemeinschaft“ vollziehen. Durch Bildung „nachbarschaftlicher Netzwerke“ organisiert sie „Hilfe für ältere Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft“. Im Laufe

der Jahre sind in Eichstetten unter anderem entstanden: Betreutes Wohnen in der eigenen Häuslichkeit und im „Schwanenhof“, ein Bürgerbüro, eine Tagesbetreuungsgruppe, die Pflegewohngruppe „Adlergarten“ (11 Plätze) sowie ein integratives Tagescafé.

Zu Beginn fokussierte sich die Diskussion in der Arbeitsgruppe stark auf die Frage, ob kleine ambulante Pflegewohngruppen wie in Eichstetten noch Zukunft haben. Denn das Heimrecht in Baden-Württemberg soll geändert werden. Kleine Pflegewohngruppen sind aber gerade im ländlichen Raum mitunter die einzige Möglichkeit, dass auch Menschen mit hohem Pflegebedarf an ihrem Heimatort bleiben können. Man war einhellig der Auffassung, dass das neue Heimrecht hier auf die Belange des ländlichen Raums Rücksicht nehmen muss.

Die weitere Diskussion stellte die These in den Mittelpunkt, dass die Kommunen im ländlichen Raum stark gefordert sind (z. B. demographische Entwicklung, Infrastruktur). Allerdings ist die Ausgangslage in den konkreten Gemeinden sehr unterschiedlich. Deshalb ist es kaum möglich, allgemeinverbindliche Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Die Analyse und Bewertung muss jeweils konkret in den einzelnen Gemeinden, z. B. durch Zukunftskonferenzen, vor Ort erfolgen. Übereinstimmend lässt sich jedoch festhalten: Die Stärken kleiner Gemeinden liegen in der Regel darin, dass „man sich kennt“, dass die Anonymität geringer und bürgerschaftliches Engagement deshalb selbstverständlicher als in größeren Städten ist. Das Leitbild der inklusiven Gemeinde ist hilfreich. Damit ist nicht nur alten Menschen geholfen, sondern allen Menschen. Es kann dazu beitragen, Landflucht besonders von Jüngeren zu vermeiden.

Kreative Ideen zur Gestaltung der Infrastruktur im ländlichen Raum können sich beziehen auf:

- die Versorgung mit Lebensmitteln
- die Sicherstellung von Kommunikation, auch über das Internet
- die Sicherstellung von Mobilität, insbesondere durch verlässliche und bezahlbare öffentliche Verkehrsmittel
- das Angebot von kreativen Dienstleistungen, um ein lebendiges Gemeinwesen zu erhalten oder aufzubauen, z. B. durch touristische Angebote
- die Sicherstellung der ärztlichen und pflegerischen Versorgung der Entgegnung des Mangels an Pflegefachkräften durch den vermehrten Einsatz von Alltagsbegleitern und -begleiterinnen
- die Gewinnung von Gastfamilien für Kinder und Jugendliche, alte Menschen und Menschen mit Behinderung.

Wohnortnahe Versorgung im ländlichen Raum ist dabei immer mit kleinen und kleinsten Einheiten verbunden. Wichtig ist deshalb für den ländlichen Raum, dass keine Übernormierung durch gesetzliche Regelungen und Verwaltungsvorschriften erfolgt.

Eine weitere wichtige Forderung war, dass die Seniorenräte als institutionalisierte Seniorenvertretung in die Gemeindeordnung des Landes Baden-Württemberg aufgenommen werden sollen.

Hauptanliegen:

1. Kommunen sind gefordert und müssen daher vom Land unterstützt werden, sich in Richtung inklusiver Gemeinwesen zu entwickeln.
2. Heimrecht: Flexible Handhabung kleinerer Pflegegruppen

AG 8: Leben in „zwei Welten“

Altern in einem Land, das nicht das Herkunftsland ist

Moderation/Impulsgeber: Josef Minarsch-Engisch, Schriftführer: Volker Jeuthe

Die Diskussion in der kleinen Arbeitsgruppe (7 TeilnehmerInnen) wurde durch ein Impulsreferat des Moderators eingeleitet, das sich an folgenden Oberbegriffen orientierte:

- Begegnung, Bildung, Kulturarbeit (Interkulturelle Öffnung von Begegnungsorten,...)
- Engagement, Partizipation (Seniorenbeiräte, Selbstorganisation,...)
- Zielgruppenorientierung (Angebote im sozialen Umfeld,..)
- Lebenslagen (Wohnbedingungen,..)
- Gesundheit und Pflege (Verständnis von Gesundheit, Interkulturelle Öffnung,...)
- Engagement und Partizipation (Seniorenbeiräte, Selbstorganisation,...)

In der anschließenden Diskussion wurde thematisiert:

Aufbau von Vertrauen in der Mehrheitsgesellschaft bei den Zugewanderten sowie gegenseitige Wertschätzung bei gleichzeitigem Abbau fest verankerter Vorurteile und sozialer Stereotype → Begriffe wie diese prägten die Diskussion von Anfang an stark.

Einfordern gegenseitigen Respekts, von Toleranz und Intensivierung der Bildungs- und Integrationsarbeit an und mit Kindern und Jugendlichen und deren Eltern (speziell auch der Väter!!)- nicht erst mit den älteren Migranten - wurde durchgängig thematisiert und zwar nahezu gleichermaßen von allen TeilnehmerInnen.

Die immer zahlreicheren Beispiele, auf welchem scheinbar „niedrigem“ Niveau Integration und gesellschaftliche Teilhabe auch gelingen kann (muslimisch-christliche Begegnungen, adäquater Lebens- und Wohnraum zur Ausübung der jeweiligen soziokultu-

rellen und religiösen Kultur etc.), wurden unterlegt von Argumenten, wie: Die Türen sind offen - hindurchgehen muss man selber, oder: Ermutigung zu mehr Toleranz, Selbsthilfe und Eigenengagement.

Integration ist eines der Hype-Themen in der ganzen Bundesrepublik: warum nicht in Baden-Württemberg auf die Tagesordnung setzen und konkret unterfüttern mit operationalisierten und „machbaren“ Schritten auf gleicher Augenhöhe?!

Ernstnehmen des demografischen Wandels gerade in den kommenden Jahrzehnten und auch ganz besonders im Hinblick auf die Themenbereiche Pflege und Gesundheit war ein weiteres Themenfeld, das allerdings deutlich überstrahlt wurde von den oben skizzierten Anliegen für mehr Vertrauenskultur, Respekt und gesellschaftlicher Einbindung von Migrant*innen gleich welchen Alters.



Hauptanliegen:

1. Das Land Baden-Württemberg hat von den sog. Gastarbeitern profitiert. Was kann es im Hinblick auf Integration und Wertschätzung für gleichberechtigte Teilhabe von älteren Zugewanderten konkret tun?
2. Wie können beidseitiges Vertrauen und gegenseitige Wertschätzung gefördert werden?

Abschlussrunde mit Abgeordneten des Landtags

„Wie können wir unser Land seniorinnen- und seniorenfreundlich mitgestalten?“

Mit Werner Raab MdL, Bärbl Mielich MdL, Thomas Reusch-Frey MdL, Jochen Haußmann MdL, Moderation: Jo Frühwirth

Moderator Jo Frühwirth: Meine Damen und Herren! Nach dieser kleinen technischen Umbaupause kommen wir jetzt zu einem ganz wichtigen Teil des heutigen Tages, nämlich zu den Ergebnissen, die die einzelnen Arbeitsgruppen erbracht haben. Und damit später von den Politikern niemand sagen kann: „Das hätte man mir früher sagen müssen, was ihr da gedacht habt“, haben wir gedacht, das erledigen wir gleich, und es wurden eingeladen die seniorenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen. Die werden jetzt Stellung nehmen können zu den Ergebnissen, die in den einzelnen Gruppen erarbeitet wurden.

Das Verfahren erfordert viel Zeitdisziplin, weil wir den Gruppen zur Auflage gemacht haben, ihre Ergebnisse in zwei Thesen zu formulieren, und wenn man sich vorstellt: vier Antworten auf zwei Thesen, dann sind wir relativ rasch mit der Zeit zu Ende. Also ich bitte alle Beteiligten um Zeitdisziplin und um kurze Antworten und möglichst keine Wiederholungen. Ich hoffe, dass wir da jetzt gut durchkommen.

Bei uns sind die seniorenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen. Ich rufe sie auf in der Reihenfolge ihrer Fraktionsstärke. Ich beginne mit der CDU-Fraktion; bei uns ist der seniorenpolitische Sprecher Werner Raab. – Bitte nehmen Sie Platz; sie haben die freie Auswahl. – Er ist seit 2006 im Landtag und war zuvor Sozialbürgermeister in Ettlingen.

Bei uns ist von Bündnis 90/die Grünen die Vorsitzende des Sozialausschusses, Bärbl Mielich. Sie ist auch schon seit 2006 im baden-württembergischen Landtag. – Herzlich willkommen, Frau Mielich.

Von der SPD, den Sozialdemokraten, ist bei uns der seniorenpolitische Sprecher und gelernte Pfarrer Thomas Reusch-Frey, und von der FDP der seniorenpolitische Sprecher Jochen Haußmann.

So, ich heiße Sie alle zusammen ganz herzlich willkommen, und Sie kriegen auch Ihren Begrüßungsbeifall.

(Beifall)

Steigen wir ein in unser Geschäft. Wir beginnen mit der Arbeitsgruppe 1, und die Arbeitsgruppe 1 hatte zur Überschrift: „Dabei sein ist alles – Mobilität macht’s möglich“. Ich lese mal die Thesen vor. Das Hauptanliegen fasst sich in der

Förderung der medizinischen Versorgung im Hinblick auf die Erhaltung der Mobilität – unter der Perspektive der Selbstverantwortung jedes Einzelnen.

Und als zweiter Gesichtspunkt:

Die Nutzungsmöglichkeiten des öffentlichen Verkehrsraums aus der Sicht der Älteren verbessern.

Also: Mobiler werden und mobiler bleiben körperlich gesehen, mit allem Drum und Dran, und mobil sein im öffentlichen Raum. Was sagen Sie dazu? – Sie dürfen anfangen, Herr Raab.

Abg. Werner Raab CDU: Vielen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich selbst war in dieser Arbeitsgruppe 1, und wir haben so viel diskutiert, dass es schwierig war, das auf einen Satz herunterzubrechen. Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum ist das Problem und wird zunehmend das Problem werden. Dazu kommt natürlich auch die Notfallversorgung, das heißt in Stichworten z. B. Aufrechterhaltung kleinerer Krankenhäuser im ländlichen Raum. Zum Zweiten steckt da drin die Mobilität, die man als Mensch garantieren muss, und da kommt sofort das Wort „Selbstverantwortung“: Wir alle müssen etwas dazu tun, um die Mobilität zu erhalten.

Moderator Jo Frühwirth: Das heißt, wir müssen selber auch aktiv bleiben.

Abg. Werner Raab CDU: Wir müssen aktiv bleiben. Wir bedürfen sicherlich der Anregung. Da ist umso früher, umso besser, bereits schon im Schulalter und das ganze Leben hindurch. Wie man das organisiert, das muss diskutiert werden. Die Forderung oben drüber ist sicherlich sehr schwierig zu erfüllen, aber jetzt kommt es darauf an, wie wir dieser Forderung Inhalt geben.

Moderator Jo Frühwirth: Frau Mielich, haben Sie da eine Idee, wie Sie der Forderung Inhalt geben können? Braucht es da für die persönliche Mobilität speziellere Angebote, oder wie sehen Sie das?

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ich glaube nicht, dass es dafür speziellere Angebote braucht. Ich finde, Baden-Württemberg ist ja ein Land der Vereine. Es gibt unendlich viele Sportvereine in den Kommunen und auch in den Städten, und ich glaube schon, dass es möglich ist, dass da jeder für sich sein Angebot findet. Das, was ich aus dieser Arbeitsgruppe für uns als politischen Auftrag mitnehme, das ist, dass wir vor allen Dingen den ländlichen Raum viel besser als bisher anbinden müssen an den öffentlichen Personennahverkehr. Denn es wird natürlich gerade für Menschen im Alter so sein, dass sie perspektivisch nicht mehr alleine mit dem Auto unterwegs sein können, vielleicht auch nicht unbedingt mit dem E-Bike, sondern dass sie z. B. wirklich auf öffentlichen Verkehr angewiesen sind, und der muss so attraktiv sein, dass er eben auch entsprechend genutzt werden kann.

Also das nehme ich jetzt auch für mich aus dieser Arbeitsgruppe mit. Das andere Thema – medizinische Versorgung – ist ein übergreifendes Thema; es bezieht sich nicht nur auf die Mobilität, sondern insgesamt auf ein Leben im ländlichen Raum.

Moderator Jo Frühwirth: Herr Reusch-Frey: Mobilität ausbauen, öffentlichen Verkehr stärken heißt, mehr Geld ins System bringen. Sehen Sie das auch so?

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Es wird sicherlich eine Sache sein, das auszutarieren – die Bedürfnisse des ländlichen Raumes und auch die Bedürfnisse der Senioren. Wir haben die Schulinfrastruktur, die bedient werden muss. Das wird sicherlich etwas sein. Was ich konstruktiv aufnehmen möchte, wäre, dass die Senioren einbezogen werden in die Überlegungen der Verkehrsunternehmen – dass man einen Beirat als eine selbstverständliche Größe hat, wo zumindest ein Mal im Jahr ein Dialog stattfindet, damit einfach die Lösungen dann auch vor Ort gesucht werden in dem jeweiligen Bereich und damit auch passgenaue Lösungen geschaffen werden.

Ich denke, es ist schwierig, von Stuttgart aus zu sagen, was überall gemacht wird. Aber ich denke, das ist so eine große Struktur, die wirklich überall greift, und es wäre von mir aus ein Impuls, das Thema „Mobilität“ da aufzugreifen.

Mir ist der Titel noch wichtig: „Dabei sein ist alles – Mobilität macht’s möglich“. Die soziale Anbindung, die Integration, das Sich-dazu-gehörend-Fühlen ist ein ganz zentrales Thema im Blick auf die Mobilität.

Moderator Jo Frühwirth: Möglicherweise muss man das ja nicht von einer Zentrale aus steuern, ...

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Genau.

Moderator Jo Frühwirth: ... weil ich der Meinung bin, dass vor Ort viel besser gewusst wird, was notwendig ist. Ich denke, es geht um Formen der Entscheidungsfindung, wo man die Bedürfnisse von vor Ort mit einbinden kann.

Sie wirken auf mich wie der Youngster hier in der Gruppe, Herr Haußmann. Ich habe jetzt fast Hemmungen, Sie nach dem Thema „Mobilität“ zu fragen, weil ich, so wie ich Sie anschau, davon ausgehe, dass Sie noch wirklich sehr aktiv sind. Was sagen Sie zu dem Thema?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Zum einen ist das richtig, Herr Frühwirth. Ich war ja, wie auch Herr Raab, in der Gruppe. Spätestens seit dieser Stunde weiß ich, dass ich das Thema auch persönlich wirklich zu Herzen nehmen soll. Der Herr Professor Große-Ruyken hatte gesagt, mit fünfzig sind 50% der Muskelfasern im Eimer.

Moderator Jo Frühwirth: Wie alt sind Sie?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ich bin 46, also ich hab noch alle.

Moderator Jo Frühwirth: Aha.

(Heiterkeit)

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Spätestens jetzt dürfte das auch ein sehr persönliches Thema sein.

Nein, Spaß beiseite. Ich glaube, wir haben zwei ganz wichtige Themen angesprochen. Das eine ist die medizinische Versorgung. Wir haben dieses Thema regelmäßig im Sozialausschuss. Insbesondere der Ärztemangel im ländlichen Raum: Wenn man das Durchschnittsalter der Allgemein- und der Fachärzte anschaut, dann wissen wir, was da in den nächsten Jahren auf uns zukommt. Man versucht schon, mit Programmen seitens des Bundes, des Landes, der Krankenkassen und der kassenärztlichen Vereinigungen da Lösungen zu finden. Da werden wir große Herausforderungen haben, dass wir hier diese Mobilität sicherstellen durch die Gesundheit.

Was mir sehr gut gefallen hat, ist, dass man auch die Selbstverantwortung jedes Einzelnen mit angesprochen hat. Da war das Stichwort auch schon: mehr Sport in der Schule, mehr Sport für Kinder.

Und das zweite Thema, ein ganz wichtiges Thema: Mobilität im öffentlichen Raum. Es gibt derzeit ein Programm für die Umsetzung der Barrierefreiheit in Bahnhöfen. Wir haben mittlerweile 74 % aller Bahnhöfe in Baden-Württemberg barrierefrei, sind aber noch lange nicht am Ende. Das Eine ist die Barrierefreiheit als Zugang, und das Zweite ist natürlich die Möglichkeit, dann in den Zug zu kommen. Da haben wir große Herausforderungen. Ich halte die Idee, die auch diskutiert wurde – das Thema „Fahrgastbeirat“, dass man es fast verpflichtend macht, dass auch von der älteren Generation jemand mit dabei ist –, für ganz wichtig.

Moderator Jo Frühwirth: Also es geht wahrscheinlich darum, die guten Ideen zu sammeln und nutzbar zu machen.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ja.

Moderator Jo Frühwirth: Beim Thema „Selbstverantwortung“ will ich gleich auf das nächste Thema überleiten, weil ich denke, das nächste Thema hat auch etwas mit Selbstverantwortung zu tun, auch wenn es das Stichwort „Silver surfer im Internet“ betrifft.

Ich denke, wenn ältere Menschen sich dieser Technik verschließen, dann schließen sie sich auch ein Stück weit aus der Gesellschaft aus. Wie sehen Sie auf diesem Gebiet das Thema „Selbstverantwortung“, und wie können Sie die älteren Menschen heranbringen an diese moderne Technik – um nicht zu sagen, an dieses „Teufelszeug“?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das Einfachste ist natürlich: in der eigenen Familie. Wenn man Kinder oder Enkel hat, ist das das Einfachste, um den direkten Zugang zu bekommen. Das ist ja bei vielen noch der Fall, aber sicherlich nicht bei allen, und da übernehmen natürlich auch Seniorenräte – Kreissenorenräte, Ortssenorenräte – wichtige Schlüsselfunktionen, indem man diese Dinge mit anbietet; das ist gar keine

Frage. Ich glaube, das ist schon ganz wichtig. Wenn wir nachher zu der Arbeitsgruppe 6 kommen mit dem Thema der technischen Unterstützung, dann wissen wir, dass bestimmte Dinge eben beispielsweise mit dem Smartphone verbunden sind. Also insofern, glaube ich, ist es wichtig, dass wir auf der lokalen Ebene handeln. Ich glaube, das Land kann vielleicht einen ideellen oder einen kleinen finanziellen Beitrag leisten, aber ich glaube, es müssen die Dinge vor Ort, in der Kommune, in der Gemeinde umgesetzt werden, dass man dort den Zugang schafft.

Ich bin vorher noch kurz durchgelaufen. Ich fand noch ganz nett eine Karte, wo draufsteht, dass eine Gruppe von Senioren sich um Abgeordnete kümmert, und wenn die nicht antworten, dann kommen die Abgeordneten ins Netz.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Moderator Jo Frühwirth: Dann kommt der große Flashmob. – Wie sieht es bei Ihnen aus mit dem Thema? Hier sind ja einige Thesen noch einmal formuliert worden. Also:

die Einrichtung einer Seniorenplattform durch die LR.

Ich nehme an, das heißt – –

(Zurufe: Landesregierung!)

– Durch die Landesregierung. Ich bin mittlerweile mit so vielen Abkürzungen konfrontiert, dass ich da nicht alle gleich zuordne.

Dann:

Zugang für alle durch kostengünstige und schnelle DSL-Verbindung, vor allem im ländlichen Raum.

Da hapert es an der einen oder anderen Stelle noch. Und:

Strukturmaßnahmen durch Unterstützung von Initiativen, Beratung, Materialien.

Aber wäre das nicht auch ein klassisches Thema, wo man generationenübergreifend arbeiten müsste?

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Das wäre mein Stichwort gewesen, Herr Frühwirth. Ich weiß nicht, machen wir die Reihenfolge?

Moderator Jo Frühwirth: Ich mache es jetzt einfach mal anders herum. Ich versuche, hier Gerechtigkeit walten zu lassen.

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Das wäre mein Stichwort gewesen. Ich denke, das lädt geradezu dazu ein, generationsübergreifende Projekte zu starten. Ich denke, von meiner Arbeitsgruppe her, die sehr stark technik-affin ist, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass man das Internet nicht als „Teufelszeug“ oder sonst etwas bezeichnet, sondern es einfach als alltagsrelevante Technik einbindet, die gar nicht verteufelt oder vergöttert werden soll, sondern die einfach einen Nutzen hat.

Und insofern finde ich diesen Vorschlag mit der Seniorenplattform für die Landesregierung – oder auch vielleicht, denke ich, wenn man das auf Senioren ausrichtet, für das Sozialministerium – eine ganz tolle Anregung, die ich wirklich super finde. Man müsste wahrscheinlich nach einem kleinen Schlupfloch suchen, um das nicht zu machen. Also angesichts dieses Tages, wo so viele Ideen und so viel Kompetenz da sind, dass man das durch dieses moderne Medium „Internet“ abrufen und in einen dauerhaften Dialog überführt. Deshalb werde ich das als gute Anregung gerne aufnehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Moderator Jo Frühwirth: Frau Mielich, Sie sind Vorsitzende vom Sozialausschuss.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ja.

Moderator Jo Frühwirth: Müssen Sie Ihre Antenne nicht auch sozusagen ausfahren zu anderen Ausschüssen, also sprich meinetwegen, was die Kulturpolitik angeht? Und wäre da nicht die Chance gegeben, dass Konzepte entstehen, wie man an Schulen generationsübergreifend arbeiten könnte?

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Meines Wissens gibt es das, und es gibt das in ganz vielen Gemeinden und auch in ganz vielen Städten. Es gibt Initiativen von Wohlfahrtsverbänden, aber auch von Seniorenbüros, die da heißen: „Alt hilft Jung, Jung hilft Alt“. Das sind diese klassischen Patenschaften, wo ältere Leute mit ihren Kompetenzen z. B. Schülerinnen und Schülern, die Schwierigkeiten in der Schule haben, unter die Arme greifen, und auch mit ihren Kontakten versuchen, Lehrstellen zu vermitteln.

Umgekehrt könnte man genauso einen Schuh daraus machen. Das fände ich z. B. auch gerade für das Selbstbewusstsein der jüngeren Generation ganz wichtig, wenn auch deren Kompetenzen aufgegriffen würden, um dann z. B. die älteren Menschen daran heranzuführen, dass sie mit dem Internet vertraut werden.

Und ich muss wirklich sagen, ich halte nichts davon, da wieder so eine Seniorenplattform zu machen. Also diese Selektierung und immer wieder so separate Räume für alles Mögliche zu schaffen, finde ich nicht sinnvoll. Ich finde es viel sinnvoller, wenn man versucht, das auch wirklich miteinander zu vernetzen. Und das Internet ist doch so ein offener Raum; da kann jeder das suchen und finden, was er gerne möchte. Warum soll das dann wieder so fokussiert werden auf der Seniorenplattform? Warum nicht alle zusammen, und jeder macht dann das, wonach ihm der Sinn steht?

Und wenn man sich mit anderen Senioren verbandeln will und in diese sozialen Netzwerke – Twitter und Facebook – hineingeht, kann man das ja machen; dann macht sich jeder seine eigene Freundesgemeinde.

Moderator Jo Frühwirth: Sie reden schon vom Schritt 2, aber der Schritt 1 ist halt, die Senioren dazu zu bringen, diese Technik nutzen zu können.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Es gibt ganz viele, die werden das tun. Wenn ich mich jetzt hier so umgucke, dann behaupte ich mal, dass mindestens die Hälfte regelmäßige Internetnutzer und -nutzerinnen sind. Mindestens. Und das wird ja in Zukunft immer mehr. Auch die ältere Generation wächst ja zunehmend völlig selbstverständlich damit auf, und ich glaube, es wird nicht mehr so sehr ein Problem sein, sich grundsätzlich überhaupt damit zu beschäftigen, sondern sozusagen zu wissen: Wie macht man was?

Moderator Jo Frühwirth: Herr Raab, haben Sie aus Ihrer praktischen Arbeit als Sozialbürgermeister Ideen, wie man diese Kontakte herstellen und pflegen kann?

Abg. Werner Raab CDU: Sie haben es meinen Augen schon abgelesen.

Moderator Jo Frühwirth: Ja.

Abg. Werner Raab CDU: Ich hab das schon gemacht.

Moderator Jo Frühwirth: Erzählen Sie.

Abg. Werner Raab CDU: Wir haben in der Großen Kreisstadt Ettlingen einen unwahrscheinlich aktiven Seniorenbeirat und haben auch technische Einrichtungen geschaffen im Seniorenbegegnungszentrum, und da findet das bereits statt. Und mein Credo, auch als ehemaliger Kommunalr, ist: Bei jeder Aufgabe, die man neu andenkt, sollte man überlegen: Auf welcher Ebene ist sie am optimalsten angesetzt? Und da gibt es die Überlegung: So weit unten wie möglich.

Wenn ich jetzt das machen müsste, ich würde mit dem Landesseniorenrat sprechen, ob dies in Kooperation mit den Kreissenorenräten eine Aufgabe wäre. Und Sie können ja heutzutage alles miteinander verlinken, das ist ja nicht das Problem; man kommt ja überall hin durch die Links. Wichtig ist, dass man eine Personengruppe in ihrem Thema anspricht, damit sie sich auch angesprochen fühlt, damit sie aktiv wird und dahin kommt. Und da hätten wir einen großen Multiplikator in den bereits bestehenden Strukturen, die wir in Baden-Württemberg haben.

Und das Zweite, was hier noch unter TOP 2 steht: schnelle DSL-Verbindungen. Da müssen wir auch mal Kooperationen eingehen und denken: Wer braucht denn diese schnellen Verbindungen? Die braucht die Wirtschaft; das ist eine Standortfrage für unsere Wirtschaft. Und wenn es uns als Senioren gelingt, genau auf diesem Pferd mitzureiten, dann haben wir auf Neudeutsch eine „Win-win-Situation“, und deshalb halte ich es für vollkommen richtig, dass wir den weiteren Ausbau fördern.

Nur: Wir haben auch Probleme in der Technik. Breitbandversorgung können Sie nicht in jeden Bauernhof in Baden-Württemberg legen, und da hat es auch in der Vergangenheit etwas gekrankt. Und ich freue mich z. B. darüber, dass jetzt die Landkreise diese Aufgabe als die ihrige betrachten und in Zusammenarbeit mit der Landesregierung – das ist konkret das Ministerium Ländlicher Raum – diese Breitbandversorgung vorantreiben. Das wäre für uns Seniorinnen und Senioren eine Chance, die wir nutzen sollten. Da müssen wir nichts selber machen, aber wir können partizipieren.

Moderator Jo Frühwirth: Ich möchte Sie aber noch einmal darauf ansprechen: Welche Rolle spielt in diesem Prozess, trotz aller Technik, der zwischenmenschliche Kontakt?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ich wollte das einfach noch ergänzen. Bei aller Notwendigkeit der neuen Technik sollten wir aber diejenigen nicht ausgrenzen, die die Technik einfach nicht mehr anwenden. Das ist ganz praktisch. In einem Verein, in einem Ausschuss oder auch in einem Seniorenrat dürfen wir diejenigen nicht ausgrenzen, die vielleicht kein E-Mail und keinen Internetzugang haben, damit nicht von vornherein Menschen, die sich engagieren wollen, durch dieses Thema ausgegrenzt werden. Und da, glaube ich, ist genau wieder der Ansatz auch zum zwischenmenschlichen Kontakt: dass wir einfach auch diese Menschen akzeptieren und nicht sagen: „Wenn du kein E-Mail hast, kriegst du von uns keine Einladung“ zu einer Sitzung oder zu einer Veranstaltung. Ich glaube, da müssen wir uns die Mühe machen, dass das auch gemacht wird.

(Beifall)

Moderator Jo Frühwirth: Wie sehen Sie das, Frau Mielich?

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das sehe ich ähnlich. Ich finde auch, dass es wichtig ist, dass man diesen direkten Kontakt, auch z. B. über das Telefon, pflegt – das ist ja auch so ein Medium, das jeder von uns beherrscht. –, dass wir diese Kontakte nach wie vor halten. Aber ich glaube auch, dass es wirklich möglich ist. Wenn man z. B. sich trifft, um solche Angebote auszutauschen bzw. voneinander zu lernen, ist ja automatisch auch diese zwischenmenschliche Ebene aktiv dabei, und ich denke, das ist für Menschen im Alter gar nicht das große Problem. Ich glaube, dass die jüngere Generation ein viel größeres Problem damit hat – dass da nämlich jeder vor seinem Computer sitzt und oftmals keinen Kontakt mehr zur Außenwelt hat.

Moderator Jo Frühwirth: Ich meine, es wäre schon eine große Herausforderung, auch mal den Jungen das Opa-Teaching beizubringen und sie dafür zu begeistern, ...

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau.

Moderator Jo Frühwirth: ... ihr Wissen an die Generation drüber weiterzugeben. Oder, Herr Reusch-Frey?

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Ich denke, die Einbahnstraße „jung und Internet“, das darf nicht sein, sondern es muss wirklich ein Begegnungsverkehr sein, dass man von den Erfahrungen der älteren Generation erzählt bekommt. Wo ich neulich wirklich ins

Stocken geriet, das war beim Volkstrauertag, dass diese Erfahrung von Krieg, von Vertreibung, von Flucht, von Not dann, wenn das nicht kommuniziert wird, verloren geht. Und da hat, denke ich, diese Begegnung zwischen den Generationen einen ganz wichtigen Wert. Und da kann ich nur sagen, dass man dann, wenn das Thema „Ältere ans Netz“ ist wie in der Arbeitsgruppe 2, das einfließen lassen kann, dass man da Möglichkeiten hat, ins Gespräch zu kommen darüber, was Europa bedeutet, was Friede bedeutet. Also ich denke, das ist eine große Herausforderung.

Moderator Jo Frühwirth: Ganz kurz, weil Sie da einen wichtigen Punkt ansprechen. Ich würde ganz gern von Ihnen eine kurze Einschätzung haben: Ist das Ins-Netz-Gehen eher ein Trend, der die Leute vereinsamt, oder ist es ein Trend, der möglicherweise die Leute auch füreinander öffnen kann? Wie ist da Ihre Haltung? – Fangen Sie an?

Abg. Werner Raab CDU: Sowohl als auch. Aber ich möchte zu dem Thema noch sagen: Es ist ja immer gut, wenn man Themen praktisch darstellt. Wir haben ein generationenübergreifendes Projekt gemacht: Hauptschüler schreiben am Computer die Lebensgeschichte von Senioren. Das wird englisch unterlegt; das heißt „oral history“. Sorry – Entschuldigung für den englischen Begriff. Und das hatte eine Wirkung, da waren wir überrascht. Nämlich: Zuerst hat man gemeinsam sozusagen das Lebenswerk der Älteren aufgeschrieben, und der zweite Schritt war, dass dann der Ältere gesagt hat: „Was machst du denn da? Zeig mir mal, wie das geht.“ Und daraus ist genau das entstanden. Und weil nicht alle Leute Rechner zu Hause haben, haben wir im Seniorenzentrum zwei Rechner aufgestellt, wo man im Selbstversuch arbeiten konnte, und das hat wunderbar geklappt.

Und das Ganze ist durch eine sehr banale Sache entstanden, nämlich ein pensionierter Nachrichtenoffizier der Bundeswehr hat sich über das Amtsblatt bereit erklärt: Wenn Menschen – egal, welches Alter – ihre Fernsehgeräte verschraubt und verstellt haben und kein Programm mehr bekamen, dann ist er dorthin gegangen und hat die Fernseher neu justiert. Und aus diesem Gedanken ist das andere entstanden.

Und wenn Sie sagen „Vereinsamung“: Ja, es kann zur Vereinsamung führen, aber ich glaube, dass ältere Menschen da eher gefeit sind als die Jungen. Die Jungen, die kleben dann an ihrem Bildschirm; die Älteren nicht.

Und wenn es gelingt, dass jemand, der allein lebt und die Angehörigen sind irgendwo verstreut, durch eine Webcam oder andere Dinge mit ihnen kommunizieren kann: Überlegen Sie mal, wenn der Senior im Fernseher sein Enkelkind sieht, das irgendwo weit weg wohnt. Das ist ein Zuwachs an Lebensfreude. Wenn wir das fertigbringen, haben wir einen Riesenschritt nach vorne getan.

(Beifall)

Moderator Jo Frühwirth: Wie sehen Sie das Thema?

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ich sehe das ganz ähnlich. Das ist ja auch in dem Vortrag von Frau Professor Kricheldorff noch einmal sehr deutlich geworden, dass wir insge-

samt eine ganz andere Entwicklung haben – dass wir als Familie viel weiter verstreut sind und uns dennoch als Familie begreifen, auch wenn wir vielleicht alleine an einem Ort leben. Und da ist natürlich das Internet großartig, weil man da in der Tat den Kontakt halten kann und das auch sehr schnell geht. Von so einer Webcam einmal abgesehen: Wenn Sie eine E-Mail schreiben, das geht ja ratz-fatz, das ist ja fast so schnell wie Telefonieren. Und das ist natürlich auch noch mal eine ganz andere Form der Kommunikation. Gerade für Leute, die z. B. im Alter nicht mehr so gut hören und die oftmals Schwierigkeiten haben, mit einem vernünftigen Telefonhörer zurechtzukommen, kann das Schreiben von E-Mails eine richtig gute Möglichkeit sein. Und ich glaube, dass das auch zunehmend genutzt wird. Also von daher denke ich, das ist ein großer Gewinn.

(Unruhe)

Moderator Jo Frühwirth: Wo kommt da Unruhe auf im Saal? Können Sie ein Stichwort geben? – Sie meinen, dass man das technisch nicht bedienen kann? Oder schlecht? – Bitte?

(Zuruf einer Teilnehmerin: Wenn Sie nicht mehr telefonieren können, können Sie auch keine E-Mail mehr schreiben!)

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Na ja, ich denke mir mal, wenn Sie nicht gut hören können z. B., warum können Sie dann keine E-Mails schreiben?

(Zuruf einer Teilnehmerin: Wenn Sie Arthrose in den Händen haben!)

Moderator Jo Frühwirth: Arthrose in den Händen z. B., oder Spasmus.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Okay. Das ist natürlich – – Das stimmt, das habe ich nicht bedacht. Aber vielleicht gibt es ja – also, ich denke mir mal, eine Möglichkeit wird es geben.

(Weitere Zurufe)

– Was?

(Zuruf einer Teilnehmerin: Augensteuerung!)

– Ja, Augensteuerung. Ja, gut, aber das ist – – Aber auf jeden Fall glaube ich, dass insgesamt das Internet eine gute zusätzliche Kommunikationsebene schafft, um vor allen Dingen auch große Distanzen zu überwinden.

Moderator Jo Frühwirth: Vielleicht müssen wir auch hinnehmen, dass wir manche Dinge...

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Einfach nicht mehr können.

Moderator Jo Frühwirth: ... nicht mehr können. Aber trotzdem dürfen wir die Chance, die in der Zeit davor liegt, ...

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau.

Moderator Jo Frühwirth: ... nicht aus den Augen verlieren.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ja.

Moderator Jo Frühwirth: Herr Reusch-Frey, noch Ihre Stellungnahme kurz dazu?

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Ich denke, ich muss mich dem anschließen, was Herr Haußmann gesagt hat. Wir müssen schon ein Augenmerk darauf legen: Wie grenzen wir aus mit unserer Kommunikation? Die Leute, die nicht vernetzt sind, sind abgehängt; das muss man einfach sagen. Und deshalb denke ich, wir müssen eine Kommunikationsstruktur haben, die auf verschiedenen Ebenen arbeitet. Die persönliche Begegnung hat für mich natürlich die höchste Bedeutung. Ich sehe weniger die Gefahr der Verein-samung, wenn man auch ein Auge auf diejenigen hat, die kein Internet haben.

Moderator Jo Frühwirth: Sie haben ja vorhin schon gesagt, dass man auch diese Menschen nicht ausschließen darf, die nicht in der Lage sind, das Netz zu bedienen und sich da zu bewegen.

Wir gleiten so langsam über in die dritte Arbeitsgruppe, die vom Titel her heißt – ich muss das hier gerade noch mal suchen, denn auf meinem Zettel steht's nicht drauf –: „Lebensqualität durch Generationenkontakte“. Das war das Thema, und die Thesen, die hier formuliert wurden, sind erstens, dass man

hauptamtliche Seniorenbeauftragte als Anlaufstelle für die Koordination der Ehrenämter und für die Belange Jüngerer

einrichtet. Das ist, denke ich jetzt mal, eine Hausnummer, dass man irgendeine Stelle braucht, die koordiniert, wie immer die dann vor Ort letztlich aussieht.

Und die zweite Forderung ist,

dass man Generationenprojekte initiiert und auch finanziell unterstützt.

Was halten Sie von dieser Idee, dadurch das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Generationen zu stärken?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Gerade den zweiten Punkt halte ich für eine sehr gute Idee. Ich denke auch, das ist relativ einfach umzusetzen. Wenn man einmal sieht, was man in Baden-Württemberg beispielsweise im Wirtschaftsbereich an Preisen hat, die man verleiht – sei es Innovationspreise oder Wirtschaftsmedaillen –, könnte ich mir sehr gut vorstellen, dass man auch bestimmte Projekte prämiert und ausbreitet. Und das Wichtigste ist ja, die öffentlich zu machen im Sinne dessen, dass man sagt: „Hier gibt es ein gutes Projekt; vielleicht kann man das auch auf andere Gemeinden oder Städte übertragen.“ Also das halte ich für eine sehr gute Möglichkeit. So etwas kann man auch gemeinsam mit dem Landesseniorenrat machen, vielleicht mit dem Herrn Schule.

Also ich glaube, so etwas könnte man relativ gut machen und durch das Engagement des Landes ein Forum schaffen, wo man, so wie heute, im Prinzip auch eine gewisse mediale Form erreicht, damit es nicht verpufft, sondern solche Projekte in Baden-Württemberg auch wirklich bekannt werden. Das halte ich für eine gute Idee.

Moderator Jo Frühwirth: Wie schätzen Sie denn die Lage ein im Augenblick? Wie ist das Verhältnis zwischen den Generationen? Also, mir fällt da immer ein: Das Einzige, was die Jungen und die Alten verbindet, ist dieser Satz: „He, Alter, was geht?“ Kennen Sie den nicht?

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Doch, ich kenne den schon, den Satz. Aber ich kenne ganz viele andere auch sehr positive Beispiele, und es gibt zunehmend auch alle möglichen Projekte, die in der Tat diesen Intergenerationen-Ansatz haben. Auch die Wohlfahrtsverbände z. B. machen ja gerade in diesem Bereich „Arbeitsvermittlung“ ganz viel. Seniorenbüros z. B. gibt es ja in größeren Städten sowieso. Ich fände jetzt, ehrlich gesagt, einen Seniorenbeauftragten, der sozusagen diese Koordinationsarbeit macht, vor allen Dingen die Koordination der ehrenamtlichen Tätigkeiten, ein bisschen schmal gegriffen. Der müsste schon noch ein paar mehr Aufgaben haben.

Also ich finde diese Beratungs- und Vernetzungsstruktur schon wichtig – dass die Angebote, die dort sind, dann eben auch weitergereicht werden an die Leute, dass also Seniorenbüros auch eine entsprechende Anlaufstelle sind und andererseits aber eben auch initiieren, was tatsächlich passieren kann an dieser generationenübergreifenden Arbeit.

Letztens war ich bei einer Preisverleihung eines Jugendradios. Ein Jugendradiosender hat einen Integrationspreis von Migrantinnen und Migranten ausgelobt. Das fand ich eine richtig gute Idee. Da ist dieser Sender auf die Idee gekommen, die Hörerinnen und Hörer anzusprechen und zu sagen: „Wir wollen diesen Preis ausloben. Wenn es in eurer Nähe ein Projekt gibt, das ihr kennt, das besonders gut ist, das vor allen Dingen die Integration von Migranten und Nichtmigranten fördert, dann nennt uns das. Dann kommen wir da hin, und dann wird das bewertet.“ Es wäre z. B. eine Möglichkeit, dass solche Angebote oder solche Auslobungen auch regional passieren könnten. Ich halte nichts davon, so etwas wieder landesweit zu machen, sondern ich finde, dass es eher gut ist, wenn man so etwas dann auch wirklich in die Fläche hineinträgt, wenn z. B. der Seniorenrat so etwas gemeinsam mit dem Jugendhaus auslobt oder so. Also das fände ich viel nachvollziehbarer.

Aber die Idee an sich finde ich sehr gut, denn ich glaube schon, dass es richtig Spaß macht – gerade, weil wir halt zunehmend in familiären Zusammenhängen wohnen, wo der Kontakt zur älteren Generation für die Jüngeren nicht selbstverständlich ist und umgekehrt genauso. Dass man das auf diese Weise verstärkt.

Moderator Jo Frühwirth: Ich würde gerne noch nachfragen, wie Sie die Lage einschätzen. Wie ist denn der Kontakt zwischen den Jungen und den Alten? Wie schätzen

Sie den ein? Ist da noch viel Entwicklungspotenzial, oder ist da schon viel Gutes auf dem Weg?

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ich glaube, dass da viel Entwicklungspotenzial ist, weil eben genau dieser natürliche familiäre Zusammenhang zunehmend flöten geht. Von daher denke ich, dass es wichtig wäre, das auch entsprechend zu unterstützen, und ich glaube, dass es da von beiden Seiten durchaus auch eine Bereitschaft gibt.

Moderator Jo Frühwirth: Wie ist Ihre Einschätzung, Herr Reusch-Frey?

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Ich sehe auch Potenzial, frage mich allerdings bei der zweiten These, „ideell durch Zertifikate unterstützen“: Wir haben drei Kinder. Da geht man zum Arzt; weil am Finger etwas genäht werden muss, und kriegt eine Urkunde für Tapferkeit im Krankenhaus. Dann geht man zum Singen ins Seniorenheim und kriegt auch eine Urkunde. Man macht irgendwie bei einem Handballturnier mit und bekommt dann auch eine Teilnahmebestätigung, und was weiß ich, was alles. Das erlebe ich so als Vater; man weiß gar nicht mehr, wohin mit diesen Sachen.

Moderator Jo Frühwirth: Sie haben die Angst, dass es nicht selbstverständlich bleibt, sondern inflationär wird, nicht wahr?

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Es ist meine Frage, welchen Charakter wir auch diesem generationsübergreifenden Zusammensein geben. Also soll das jetzt den Charakter des Zertifizierbaren bekommen, oder muss es nicht vielmehr den Charakter der Selbstverständlichkeit bekommen, dass man sagt, die Grundschule geht regelmäßig ins Seniorenheim zum Adventssingen etwa, oder so?

Also an der Stelle bin ich eher ein bisschen zögerlich. Es ist immer schön, wenn man etwas überreicht bekommt, aber mir wäre das andere lieber – dass man sagt: Es gehört zum Selbstverständnis, dass wir diese Begegnung Alt – Jung in das Normale überführen können.

(Beifall)

Moderator Jo Frühwirth: An der Stelle, Herr Raab, will ich noch einen Gedanken einflechten. – Sie dürfen ruhig Beifall klatschen, wenn Ihnen etwas gefällt.

Ich will an der Stelle noch einen Gedanken einflechten, den wir immer wieder einmal hatten, nämlich den Gedanken der Selbstverantwortung. Welche Selbstverantwortung haben denn da auch die Seniorinnen und die Senioren, sozusagen auf diesem Gebiet aktiv auf die Jungen zuzugehen? Wie schätzen Sie das ein?

Abg. Werner Raab CDU: Sie haben sie. Und jetzt kommt eine Überraschung: Sie nehmen sie auch unwahrscheinlich vielfältig in diesem Lande wahr. Wir müssen das einfach mal zur Kenntnis nehmen: Wir sind das Land des Ehrenamtes; das haben wir ja in den letzten Jahrzehnten aufgebaut. Und das ist ja keine statistische Größe, sondern dahinter

stecken unwahrscheinlich viele Menschen mit unwahrscheinlich vielen Stunden, die sie einbringen. Und die müssen sie doch irgendwo einbringen.

Bei mir ist ein Seniorenheim, da gehen die älteren Herrschaften rüber in den Kindergarten und lesen den Kindern Märchen vor. Wunderbar. Da hat man niemand hinschicken müssen; das haben die ganz von alleine gemacht. Und so gibt es sehr, sehr viele Initiativen.

Nehmen Sie die Taschengeldbörse – die Möglichkeit, dass sich jemand Älteres den Teppich klopfen lässt von zwei, drei Jungen. Das ist ja nicht nur das Teppichklopfen, das geht ja weiter: Wenn die beiden sich auf der Straße treffen, haben sie eine ganz andere Beziehung zueinander als vorher. Da waren sie fremd; jetzt kennen sie sich. Und daraus erwachsen unwahrscheinlich viele Verbindungen.

Ich war vor kurzem bei einem Wettbewerb in der Jury – „Sterne des Sports“. Da ist eine Gruppe Senioren in einem Sportverein ausgezeichnet worden, die nichts anderes getan haben, als sich um junge Leute zu kümmern, mit dem Gedanken: „Die spielen bei uns Fußball, die sind in der Leichtathletik; jetzt wollen wir die unterstützen. Und das machen wir aber nicht nur im Sport, sondern auch Hausaufgabenhilfe.“ Also man hat die jungen Menschen so angenommen, wie sie gekommen sind – und das ist Ehrenamt. Das ist nicht von oben verordnetes Ehrenamt, das ist am Thema gewachsenes Ehrenamt.

Und ich möchte mich auch auf das beziehen, was Roland Sing vorhin gesagt hat. Ich würde die hauptamtlichen Strukturen nicht so weit nach unten brechen, denn dann kann etwas passieren, was uns auch schon passiert ist – dass dann der eine oder andere sagt: „Warum ich? Ich hab das jetzt die ganze Zeit gemacht. Jetzt ist bei der Stadtverwaltung jemand zuständig, jetzt soll der's machen.“ Da kann auch das eine oder andere mal schiefgehen.

Moderator Jo Frühwirth: Also, ich entnehme aus Ihren Worten: Wenn man sich kennt, dann wächst auch die Bereitschaft, mehr aufeinander zuzugehen und auch mehr für den anderen offen zu sein und mehr für den anderen zu tun.

Abg. Werner Raab CDU: Ja.

Moderator Jo Frühwirth: Wie schätzen Sie, Herr Haußmann, die Ist-Lage ein? Wir haben in der Tat viel Ehrenamt; da sind wir führend in der Bundesrepublik. Aber können wir uns darauf ausruhen?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ausruhen können wir uns sicherlich nicht, aber ich glaube, es ist schon einmal eine gute Basis, was wir in Baden-Württemberg haben – diese Ehrenamtsstrukturen in vielschichtigster Form. Und jetzt sage ich mal: Da, wo die Familie noch funktioniert, sehe ich das auch etwas entspannter – da, wo die Generationen durch die Familie verbunden sind. Aber die Realität sieht natürlich auch ein Stück weit anders aus. Deswegen glaube ich schon, dass wir es auch durchaus ein Stück weit

organisieren müssen, weil nicht jedes Beispiel von alleine gelingt, sondern wir hier gute Ideen transportieren müssen.

Beispielsweise in dem Unternehmen, wo ich früher Personalverantwortung hatte, haben wir die Auszubildenden eine Woche in ein Pflegeheim gegeben, einfach um das Leben kennenzulernen. Genauso haben wir die Auszubildenden von einem Pflegeheim einmal in ein Wirtschaftsunternehmen genommen, um das über die Generationen zu verknüpfen.

Also ich glaube, wir dürfen uns nicht darauf ausruhen, sondern wir müssen das schon ein Stück weit steuern und Menschen bewusst machen, dass man Dinge in ganz vielen unterschiedlichen Formen tun kann, worüber man bisher vielleicht noch gar nicht nachgedacht hat.

Moderator Jo Frühwirth: Also, das Thema heißt: Wir müssen die Menschen untereinander in Kontakt bringen.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ja. So ist es.

Moderator Jo Frühwirth: Wo liegen da unsere Möglichkeiten? Haben Sie da noch Ideen?

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ich habe gerade darüber nachgedacht, was der Kollege Haußmann gesagt hat. Also, meine Vorstellung davon, Menschen in Kontakt zu bringen, ist schon eine andere. Ich finde, das sind dann immer solche Ausnahmesituationen: Grundschüler besuchen Menschen im Pflegeheim. Ich fände es eigentlich viel schöner, wenn man es irgendwie hinkriegen würde, daraus Selbstverständlichkeiten zu machen. Also eher so, wie Sie das gerade formuliert haben: Ein Jugendlicher geht irgendwo hin und mäht den Rasen oder so ähnlich. Also dass es Kontakte gibt, die dann wirklich vielleicht so eine Großeltern-Enkel-Situation entstehen lassen. Das kann ich mir viel eher als wünschenswert vorstellen, weil dadurch nicht nur eine soziale Kompetenz, sondern auch eine Bindung entsteht, die möglicherweise sonst nicht so entstehen würde.

Sonst sind das solche „Laborsituationen“, die dann halt irgendwie begrenzt sind – auf eine Woche oder auf einen Tag oder auf ein paar Stunden. Und das wäre mir als Konzept oder als Ansatz zu wenig.

Moderator Jo Frühwirth: Das heißt, Herr Reusch-Frey, das, was Sie vorhin angedeutet haben mit Ihren Urkunden, das spielt ja in die gleiche Richtung. Also man soll den Kontakt nicht als großartigen Einzel-Event sehen, sondern vielleicht eher als normalen Vorgang und die Menschen sozusagen auf der normalen Lebensebene miteinander in Verbindung bringen. Wie sehen Sie das?

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Ich denke, man kann es aber auch nicht ganz einfach machen. Ich habe mich jetzt bezogen auf diese Zertifizierung. Die Diskussion hat jetzt einen Verlauf genommen, wo ich langsam nachdenklich werde. Denn wenn ich an

unseren Sohn denke: Wenn der an einem Garten vorbeiläuft, wo das Gras hoch ist und wo man vielleicht weiß, da wohnt jemand Älteres, der käme nie auf die Idee, zu fragen: „Soll ich den Rasen mähen?“

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Nein, das ist klar.

Moderator Jo Frühwirth: Er müsste fragen: „Können wir ins Geschäft kommen?“

(Heiterkeit)

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Klar. Und deshalb denke ich, wir brauchen den Katalysator, wir brauchen den Impulsgeber, wir brauchen den Anstoßgeber, der durchaus eine hauptamtliche Funktion hat – aber wirklich nur in dieser Funktion: vom großen Überblick zum Kleinen den Anstoß geben, und dann muss es aber auch laufen. Ich denke, an der Stelle sehe ich schon auch das Gemeinwesen, vor allem die Kommunen, am Drücker und auch in der Pflicht. Denn die Familienstruktur ist an vielen Stellen aufgebrochen, und deshalb läuft diese räumliche Nähe nicht ohne dieses verbindende Stück.

Moderator Jo Frühwirth: Aber vielleicht kann man die Jungen packen an ihrem Bedürfnis nach Taschengeld...

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Klar.

(Zuruf einer Teilnehmerin: Es soll nicht alles bezahlt werden!)

Moderator Jo Frühwirth: ... und kann ihnen sozusagen einen entsprechenden Impuls geben.

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Anreiz geben.

Moderator Jo Frühwirth: Man kann sie ja auch dazu anleiten, sozialunternehmerisch tätig zu sein, oder?

(Zuruf eines Teilnehmers: Aber das ist doch der falsche Weg, sie am Taschengeld anpacken, wenn sie's sonst nicht tun wollen!)

Moderator Jo Frühwirth: Das ist doch jetzt nur eine kleine Anregung.

(Teilnehmer: Das ist die völlig falsche Richtung!)

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das war ein Scherz.

(Zuruf: Aber die Scherze werden zu lang!)

Moderator Jo Frühwirth: Das war jetzt eine – –

(Teilnehmer: Über so was kann ich keine Scherze machen! – Weitere Zurufe)

Moderator Jo Frühwirth: Wir diskutieren den Alltag. Der Alltag ist sehr vielfältig. Und im Alltag gibt es Ideen von Menschen, die anderen Menschen nicht so ganz passen. Aber deswegen alles über einen Haufen zu werfen, das wollen wir uns nicht antun heute.

(Zurufe: Bravo! Bravo! – Vereinzelt Beifall)

Wir kommen zur nächsten Gruppe, die sich ja auch einfügt in die Gedankengänge, die wir bisher entwickelt haben. Diese Arbeitsgruppe hatte das Thema „Mitreden und mitgestalten“, und die Hauptanliegen sind:

Politik für Senioren ist eine Politik MIT Senioren.

Und wenn ich es richtig verstehe, sollte dieser Grundsatz auch in der Verfassung als Teilnahmegarantie hinterlegt sein. Habe ich da die Gruppe richtig verstanden?

(Zurufe: Ja!)

– Ja. – Und:

Wir brauchen eine Anerkennungskultur.

Das ist ein großes Thema – Anerkennungskultur. Was sagen Sie dazu?

Abg. Werner Raab CDU: Da widerspricht Ihnen überhaupt gar niemand. Und auch da haben wir unwahrscheinlich viel Kreativität, diese Anerkennungskultur zu entwickeln. Ich möchte sie auch nicht von oben runtergedrückt haben – dass man sagt: „Wer das und das gemacht hat, der kriegt das und das.“ Das wäre mir viel zu starr; das möchte ich überhaupt nicht haben.

Und der andere Satz: „Politik für Senioren ist Politik mit Senioren“ – da würde ich gerne noch ein kleines Komma dahinter setzen und schreiben: „Wenn sie gelingen soll.“

(Zurufe! Ja! – So war es auch gedacht!)

Ich war nicht in der Arbeitsgruppe 4, aber so habe ich es jetzt aufgenommen und verstanden.

Moderator Jo Frühwirth: Um es negativ oder andersherum zu formulieren: Politik für Senioren kann ohne die Politik mit Senioren nicht gelingen.

(Zuruf: Richtig! – Genau!)

Abg. Werner Raab CDU: Richtig, natürlich. Aber das gilt, Herr Frühwirth, doch für alle Politikbereiche.

Moderator Jo Frühwirth: Für alles.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ganz genau.

Abg. Werner Raab CDU: Wir können doch hier im Landtag über alle möglichen Dinge reden, aber wenn wir über den Köpfen der Menschen bleiben, dann können wir es bleiben lassen.

Und Politik: Da können Sie Schulpolitik nehmen, da können Sie jedes Politikfeld nehmen, das hier im Landtag besprochen wird – wenn wir es nicht, ich sage jetzt mal, von unten her denken, dann wird diese Politik nicht anerkannt, und dann haben wir umsonst gearbeitet, und das sollten wir nicht tun.

Moderator Jo Frühwirth: Wir haben ja hier heute ein Beispiel, wie man so einen kleinen Schritt machen kann.

Abg. Werner Raab CDU: Ja.

Moderator Jo Frühwirth: Also da steckt Anerkennung drin für die Arbeit der Seniorenräte, und es steckt natürlich auch die Bereitschaft drin, Politik mit den Senioren zu machen. Müssten wir solche Strukturen in Zukunft nicht ausbauen?

Ich habe in der Pause kurz etwas aufgeschnappt. Ich weiß nicht, ob ich es jetzt richtig wiedergebe. Aber in Mecklenburg-Vorpommern und in Nordrhein-Westfalen – wo?

(Zurufe: Schleswig-Holstein!)

– In Mecklenburg-Vorpommern und in Schleswig-Holstein gibt es schon Strukturen, wo es festgeschrieben ist, dass man alle zwei Jahre ein sogenanntes – wie immer man es auch nennt – Seniorenparlament einberuft und das gut strukturiert und dadurch natürlich auch die Ideen, die in diesem Bereich entwickelt worden sind, sich nutzbar macht für die Politik. Was halten Sie von solchen Ideen? – Jetzt fangen wir auf der anderen Seite an.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ja, Herr Frühwirth, das ist ein Stichwort, das hätte ich jetzt auch eingebracht. Unsere Fraktion hatte am 30. Juni hier ein seniorenpolitisches Forum, das auch Herr Sing mit begleitet hat mit einem sehr interessanten Vortrag. Er ist im Internet immer noch drin; ich hole ihn mir immer mal wieder her, weil der Vortrag wirklich hervorragend war.

Moderator Jo Frühwirth: Das ist Anerkennungskultur, Herr Sing, nicht wahr?

(Heiterkeit)

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Aber wir hatten eine Dame aus Mecklenburg-Vorpommern da, die berichtet hat, die das mit organisiert hat, alle zwei Jahre – das sogenannte Altenparlament. Und ich halte das für eine gute Idee. Es gibt ja nicht alles, was wir vielleicht von Mecklenburg-Vorpommern lernen können, aber das halte ich für eine sehr gute Idee. Die haben im Übrigen noch ganz andere Herausforderungen dort, wenn man den demografischen Wandel anschaut. Aber ich halte es insofern für eine

gute Idee, weil die Medien, das Fernsehen, das dort begleiten. Das heißt, es kommen dort Seniorinnen- und Seniorendelegierte sozusagen für einen Tag zusammen.

(Zuruf einer Teilnehmerin: Entschuldigung, können Sie ein bisschen lauter reden?)

– Ja. Vielleicht kann man die Technik ein bisschen höher schalten.

Moderator Jo Frühwirth: Darf ich die Technik bitten, das Mikrofon vom Herrn Haußmann ein bisschen hochzuziehen?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Es kommen Delegierte zusammen für einen Tag – also richtig wie hier; ins Plenum, ins Parlament –, die dann im Grunde genommen auch so wie Sie heute Forderungen oder Beschlüsse fassen, die dann auch an diesem Tag an die Politik überreicht werden und mit Politikern diskutiert werden – da ist auch der Präsident mit dabei –, sodass das Ganze eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung ist. Ich habe das als sehr gute Idee empfunden, und wir haben das durchaus auch als Gedanken mit aufgenommen, denn so etwas könnte auch für Baden-Württemberg interessant sein.

Moderator Jo Frühwirth: Herr Reusch-Frey, was halten Sie von dieser Art der Struktur? Denn die Ideen liegen ja alle auf dem Tisch; man muss sie ja eigentlich nur in die Hand nehmen, oder?

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Also, wenn man so etwas fordert oder dann auch festschreibt, muss natürlich Handlungsbedarf bestehen. Ich selber von unserer Fraktion sehe, dass die Senioren in der Landtagsfraktion selber drin sind. Ich sehe, dass sie bei uns im Ludwigsburger Kreistag gut vertreten sind, und ich sehe auch, dass sie im Gemeinderat der Stadt Bietigheim-Bissingen gut vertreten sind. Also von daher: Einen, sagen wir mal, Überdruck des Handelns sehe ich nicht.

Was ich vorhin schon bei den Verkehrsunternehmen gesagt habe, gilt auch an der Stelle: dass man natürlich die Perspektive der Senioren einmal genauer beleuchtet, dass man die Dinge mit den Augen der Senioren sieht. Das finde ich eine ganz wichtige Geschichte. Insofern sehe ich beides: keinen Überdruck, aber das Bedürfnis, die Welt mit den Augen der Kinder zu sehen und auch die Welt mit den Augen der Jugendlichen wie auch der Senioren zu sehen. Insofern: Offenheit, aber das Festschreiben, das sehe ich nicht unbedingt als das Notwendige.

Moderator Jo Frühwirth: Sind Sie auch der Meinung, dass man da keine Strukturen braucht?

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ich würde das eine tun, ohne das andere zu lassen. Das habe ich ja vorhin schon mal gesagt: Ich habe immer so ein bisschen Schwierigkeiten, wenn es darum geht, so separate Strukturen zu fassen. Dann machen wir einen Frauenplenartag, dann machen wir einen Seniorenplenartag, dann machen wir einen Kinder- und Jugendplenartag, einen Migrationsplenartag usw.



Moderator Jo Frühwirth: Und hinterher haben wir die gleichen Verteilungskämpfe wie vorher.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ja. Und ich meine, was soll das? Wir sind eine Gesellschaft, wir sind bunt zusammengewürfelt, und ich finde – und das wäre dann schon sozusagen der Übergang zu der Arbeitsgruppe 5 –: Wenn man eine ganz konkrete Fragestellung hat – z. B.: „Wie wollen wir im Alter leben?“ –, dann muss das in der Kommune entschieden werden, und zu der Kommune gehören die Jungen genauso wie die Alten. Es wird nur gelingen, wenn man eine aktive Bürgergesellschaft insgesamt hinkriegt, und die ist generationenübergreifend; die ist nicht nur speziell für Senioren da, aber auch nicht nur speziell für junge Leute oder für Frauen. Und ich glaube, das ist das Thema.

Also wenn wir Teilhabe durchsetzen wollen, dann müssen wir das gemeinsam mit allen hinkriegen. Aber wir brauchen auch die Solidarität, und wir brauchen auch das Verständnis.

Moderator Jo Frühwirth: Und diesen Gedanken werden wir gleich aufnehmen, wenn ich Herrn Raab noch einmal kurz aus seiner praktischen Erfahrung etwas erzählen lassen kann, nämlich zu der Frage: Wie geht Anerkennungskultur? Was ist das, was steckt da dahinter und warum ist das so wichtig?

Abg. Werner Raab CDU: Ich möchte das Thema ansprechen, weil die ganze Zeit auch immer gesagt wird, wie wichtig die Gemeinden, die örtlichen Gemeinschaften sind; das können ja auch Stadtteile sein; das muss nicht die ganze Kommune sein. Und wir haben auch da schon vorgearbeitet. Wenn ich mich jetzt umsehe, werden viele Leute nicken und sagen: „Haben wir auch, diese Agenda-Gruppen.“ Also, wir haben sehr gründliche Agenda-Gruppen gehabt, wo auch das Thema „generationenübergreifendes Arbeiten und Zusammenleben“, auch das Thema „Behinderte in die Gesellschaft integrieren“ bearbeitet wurde. Und wenn Sie einmal diese Arbeit sehen, die zwei Jahre lang gemacht wurde und die auch wiederum „evaluiert“ wird, wie man heute sagt, also überprüft wird in einem weiteren Zeitraum, dann haben wir nämlich genau schon das, dass die bestimmten Anliegen auch ihre Vertreter haben, formuliert werden, in den öffentlichen Raum hineingebracht werden.

Und wie es dann weitergeht, das wissen wir auch, aber man sieht, dass viele Anregungen auch aufgenommen werden in den Kreistagen, in den Gemeinderäten. Und deshalb: Das sollte uns sehr positiv stimmen. Und ich denke, dass wir auch von Mecklenburg-Vorpommern lernen können. Wir können von jedem lernen – vom einen, wie man's macht, und vom anderen, wie man's nicht macht. Mecklenburg-Vorpommern hat ganz andere wirtschaftliche Verhältnisse als wir.

Moderator Jo Frühwirth: Der Herr gebe mir die Fähigkeit, das eine vom anderen zu unterscheiden.

Abg. Werner Raab CDU: Ja. Das steht schon im „Gotteslob“. – Wir müssen sehen: Mecklenburg-Vorpommern hat wesentlich weniger finanzielle Ressourcen, als wir das haben.

Moderator Jo Frühwirth: Aber ist manchmal kreativer, nicht wahr?

Abg. Werner Raab CDU: Und darum müssen sie kreativer sein. Und wenn – und das gilt für uns alle hier im Raum – ein anderer eine gute Idee hat, dann darf ich diese gute Idee auch auf meine Arbeit übertragen.

Moderator Jo Frühwirth: Klauen. Mit den Augen klauen.

Abg. Werner Raab CDU: Mit den Augen stehlen, hat man mir auch mal gesagt, das dürfe man. Aber wir sollten das alles nicht so eng betrachten – so wie Sie es auch sagen, Frau Mielich –, sondern das muss wachsen. Aber es müssen Leute da sein, die die Themen immer wieder in die öffentliche Diskussion hineinbringen. Und dort, wo Bedarf ist, dort wächst auch etwas. Und da, wo kein Bedarf ist, da können Sie stundenlang reden, da reden Sie den Leuten an den Ohren vorbei. Und deshalb bin ich guten Mutes.

Moderator Jo Frühwirth: Also, Frau Mielich, mal sehen, ob wir Bedarf haben in der Arbeitsgruppe Nr. 5: „Wie wollen wir leben?“ Ich lese das Hauptanliegen kurz noch einmal vor, weil Sie vielleicht auch ein bisschen Schwierigkeiten mit der Schrift haben; ich habe es zumindest an mancher Stelle. Früher hatten wir einen Unterricht, der hieß „Schönschreiben“, aber das sind offensichtlich sehr viel Jüngere, die hier an den Zetteln gearbeitet haben, oder das war nicht nachhaltig das Thema.

(Zurufe)

Die Hauptanliegen sind:

Alle politischen Ebenen, die Kostenträger und die professionellen Dienstleister sollen Rahmenbedingungen – insbesondere Infrastruktur – schaffen, damit ein selbstbestimmtes Leben im Alter in allen Formen und zu sozialverträglichen Kosten möglich ist.

Das ist jetzt eine große Theorie. Wie könnte das in der Praxis aussehen?

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: In dieser Arbeitsgruppe war ich. Das war sozusagen der große Rundumschlag, um in einem Satz zu formulieren, was wir eine ganze Stunde lang diskutiert haben. Also der Kernsatz dieser ersten Forderung ist der, dass es das Grundbedürfnis aller Menschen im Alter ist, so lange wie möglich in ihren gewohnten vier Wänden leben zu können, und dass es darauf ankommt – und das ist die Forderung und die Erwartung an die Politik, aber eben nicht nur an die Politik, sondern z. B. auch an die Dienstleister, also Sozialstationen, ambulante Dienste und sonst wo drum herum –, Strukturen zu schaffen, die das ermöglichen, die Unterstützung schaffen, damit Menschen so lange wie möglich in ihrem sozialen Umfeld und in ihrem Zuhause leben können.

Und es ist auch sehr deutlich geworden, dass es natürlich auch eine Frage des Geldbeutels ist. Gerade im Alter und wenn es dann Frauen betrifft, die keine eigenen Rentenansprüche erworben haben und dann, wenn sie Witwe sind, nur noch 60 % der Rentenansprüche ihrer Männer bekommen – das ist halt in der jetzigen älteren Generation sehr häufig der Fall –, dann ist natürlich wenig Geld da. Das heißt also: So eine Superstruktur zu schaffen, ist dann oftmals nicht vergönnt. Man braucht sozusagen diese Unterstützung vor Ort.

Und dann braucht man natürlich auch verschiedene neue Wohnformen. Aber da war das Spektrum der Anwesenden sehr groß.

Moderator Jo Frühwirth: An welche neuen Wohnformen denken Sie da so? Nur ein paar Stichwörter.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Da wurde natürlich das Eichstätter Modell genannt, wo in einer kleinen Kommune Wohngruppen entstehen für wenige Menschen, die getragen werden von einer aktiven Bürgergemeinschaft und wo die Kommune auch der Träger dieser Wohngruppe ist. Das ist das eine.

Das Zweite ist eben, dass man z. B. sich auch ein Service-Wohnen vorstellen kann, dass man aber eben auch Mehrgenerationen-Projekte unterstützen will bzw. auch in solchen Projekten leben will.

Und es war ganz klar, dass das Leben im Pflegeheim natürlich von niemandem wirklich gewollt ist, kann man sagen. Möglicherweise läuft das bei dem einen oder anderen darauf hinaus, aber es ist auf jeden Fall die Forderung an die Politik – also sowohl an die Kommune als auch an das Land –, die entsprechende Bedingungen zu schaffen: zum einen die Infrastruktur, aber auch den ordnungspolitischen Rahmen – das ist die Forderung ans Land –, um dafür zu sorgen, dass diese kleinen selbstbestimmten dezentralen Wohnmöglichkeiten auch geschaffen werden können und gleichzeitig aber vor allen Dingen auch die Infrastruktur geschaffen wird, damit die Leute so lange wie möglich zu Hause leben können.

Moderator Jo Frühwirth: Ich glaube, es gibt keinen Streitpunkt darüber, dass der Wunsch aller eigentlich ist: möglichst lange zu Hause, möglichst selbstbestimmt zu

Hause, möglichst gut unterstützt zu Hause. Aber welche Formen verbinden Sie mit diesem möglichst lange selbstbestimmten Leben? Gibt es da Vorstellungen bei Ihnen, Herr Reusch-Frey?

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Also, das selbstbestimmte Leben haben wir ja heute Morgen, denke ich, sehr differenziert unter die Lupe genommen. Ich denke, es ist die passgenaue Dienstleistung, die man, wenn man dann auf Unterstützung und auf Hilfe angewiesen ist, braucht und dann auch zielgerichtet bekommt. Ich denke, das ist die Kunst.

Moderator Jo Frühwirth: Es ist auch eine finanzielle Kunst; das dürfen wir nicht verschweigen.

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Ja, gut.

Moderator Jo Frühwirth: Denn diese Hilfen, die sind nicht umsonst zu haben, und je nach Schwere der Betreuung geht das ganz schön ins Geld.

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Wenn man in der Pflegeversicherung ist, bekommt man ja dann immerhin Geld. Aber die Schwelle bis zur Pflegeversicherung – wenn man an der Schwelle steht, ist es halt schwierig. Es muss zugestanden sein, dass das Thema „Ehrenamt“ und „Zivilgesellschaft“ an dieser Stelle eine ganz wichtige Rolle spielt; ich denke, das ist uns allen klar.

Mir tut es weh, wenn ich gerade lese, dass die ambulanten Dienste in dem, was sie tun, rote Zahlen schreiben, und zwar, scheint's, 74 %. Da muss man schon sagen: Die finanzielle Ausstattung lässt dort zu wünschen übrig. Wie das gemacht wird, da gibt es natürlich Vorstellungen, aber bisher hat der Bund an der Stelle leider nicht die Pflege-reform gemacht, die ich mir gewünscht hätte.

Moderator Jo Frühwirth: Wie sehen Ihre Vorstellungen von einer menschengerechten Stadt und einem menschengerechten Dorf aus, wo die Menschen möglichst lange zu Hause bleiben können?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ich glaube, wir haben jetzt eine Stufe erreicht, wo man die Vielfalt der Möglichkeiten erkannt hat, nicht nur im Pflegeheim stationär aufgenommen zu werden. Wir haben jetzt den Schritt, dass man versucht, möglichst viele verschiedene Formen zu finden. Ich glaube, es ist natürlich trotzdem so: Wenn man sieht, wie die Zahlen sich in der stationären Pflege entwickelt haben und wie sie sich entwickeln werden – sie werden bis 2030 noch einmal um 60 % steigen –, dann geht es auch schon meiner Generation so, dass man sich auch einmal damit auseinandersetzt und das nicht immer von sich schiebt und sagt: „Ich bin ja da eh nicht betroffen.“ Wir kommen ja fast alle sicherlich auch regelmäßig zu Besuchen ins Pflegeheim. Man setzt sich damit auseinander und fragt: „Wie ist das, wenn ich da auch betroffen bin?“ Das ist das eine.

Moderator Jo Frühwirth: Das heißt ja auch, dass die junge Generation bereit sein muss, meinerwegen im Generationenwohnen mit Älteren zusammenzuwohnen.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Genau. Das sagte ich ja, dass wir jetzt auf dieser Ebene sind, dass man auch unterschiedliche Wohnformen aufbaut. Man möchte auch das Heimrecht entsprechend novellieren, damit wir auch andere Dinge möglich machen und man eben nicht nur wie in den letzten Jahren diesen Nachholbedarf im stationären Bereich macht, sondern das aufmacht. Wer den Prozess für ein Mehrgenerationenhaus begleitet hat, der weiß, wie schwierig das zum Teil ist. Da bedarf es viel Energie und Engagement, um so etwas umzusetzen. Aber ich glaube, das ist die richtige Richtung, das heißt, es setzt an der Kommune an.

Ich möchte aber noch weitere Aspekte nennen. Einmal geht es ja schon viel früher los. Im Bereich der Arbeitswelt müssen wir uns Gedanken machen: Wie schaffen wir es da, Menschen, wenn sie es möchten und können, Möglichkeiten zu schaffen, länger ihre Tätigkeit wahrzunehmen? Das heißt auch, dass Unternehmen sich Gedanken machen müssen: Wie kann ich Menschen im Alter länger beschäftigen?

Genauso das Thema „Bildung im Alter“. Das ist, glaube ich, eine ganz wichtige Aufgabe, die auch im Bereich der Kommunen ansetzt. Und dann natürlich das Thema der nächsten Arbeitsgruppe, das Thema „Gesundheitswesen“: Was kann man auch dort machen im Bereich der Unterstützung? Was kann man dort machen, dass wir es schaffen, dass auch Menschen, die vielleicht nicht über einen Familienverbund verfügen, möglichst lange zu Hause leben?

Moderator Jo Frühwirth: Also Menschen, die nicht über einen Familienverbund verfügen, müssen ihn in irgendeiner Form ersetzen – entweder durch Gemeinschaft oder aber durch technische Unterstützung. Da wären wir jetzt schon beim nächsten Thema, nämlich die technische Unterstützung gehört möglicherweise auch zum individuellen Wohnen. Wo sehen Sie da die Prioritäten?

Abg. Werner Raab CDU: Lassen Sie mich noch eines sagen, weil ich das in letzter Zeit in den Diskussionen immer und immer und immer wieder höre und leider auch lese: Wir müssen ein bisschen aufpassen, dass wir nicht die Pflegeheime in eine Ecke bringen, die da lautet: „Ja, ja, das ist das Allerletzte, wenn du mal da hin musst.“ Ich komme beinahe täglich in ein Pflegeheim. Und wissen Sie, ein Pflegeheim kann nicht davon leben und auch keine Lebenskultur aufbauen, wenn nur Pflegestufe 3 in diesem Hause anzutreffen ist. Das hat sich leider in die Richtung entwickelt, und da müssen wir auch überlegen, ob wir das so wollen.

Und zu den ambulanten Diensten, Herr Kollege, da wäre auch einmal die Frage zu stellen: Was unterscheidet die 74%, die nicht auskömmlich sind, von den 26%, die es sind? Ich sage das vor dem Hintergrund, dass ich selbst in einer solchen Einrichtung mitarbeite, und wir schreiben die schwarze Null. Es ist also nicht von vornherein gegeben, dass man da nur Defizite macht. Man muss einmal genau hinterfragen: Wo

unterscheiden sich die einzelnen Dienste, und warum machen diese Defizite und jene nicht? Ich hätte Antworten, aber die sage ich jetzt hier oben nicht.

Moderator Jo Frühwirth: Darf ich gerade an der Stelle noch mal Frau Mielich einschalten, mit der Frage: Haben Sie Ideen dazu, wie man diese Entwicklung gar nicht erst eintreten lässt, dass das Pflegeheim „das Allerletzte“ ist? Wobei ich der Meinung bin, dass man durchaus auch offen darüber sprechen muss, dass das Pflegeheim möglicherweise die letzte Station ist. Und damit sollte man nicht abwertend umgehen, sondern offen. Aber ich wollte nur kurz das persönlich einfügen.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Also, ich finde auch, das ist eine gute Vorlage für mich, was Sie jetzt gerade gesagt haben. Ich finde, dass es wichtig ist, bei allen Vorbehalten, die Sie da formulierten, Herr Raab, dass man auch mal anerkennt – –

Abg. Werner Raab CDU: Ich formulierte gar nichts.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Na ja, ich meine, Sie haben gesagt, dass man da irgendwie aufpassen muss, wie das insgesamt immer wieder dargestellt wird. Ich finde, die Personen, die in den Pflegeheimen arbeiten, machen eine wirklich sehr belastende Arbeit, und die brauchen auch eine hohe Anerkennung – keine Frage.

Abg. Werner Raab CDU: Gar keine Frage.

(Vereinzelt Beifall)

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Dennoch ist es einfach so, dass es natürlich, auch wenn Sie ständig in Pflegeheime gehen, so ist: Wenn ich Sie jetzt frage: Können Sie sich vorstellen, dass Sie dort hingehen, wenn Sie nicht Pflegestufe 3 sind, sondern wenn Sie vielleicht erst Pflegestufe 1 sind, und wäre das für Sie dann sozusagen das erstrebenswerte Lebensmodell oder eben nicht? Ich finde, da muss man doch einfach auch mal die Fakten anerkennen und sagen: Wie ist es denn bei mir?

Ich kann z. B. bei mir selber sagen, dass ich, wenn ich in Pflegeheime komme, auch sehr froh bin, wenn ich wieder gehen kann, und dass ich mir eben nicht vorstelle, dass ich dort leben werde, wenn ich eigentlich noch sehr aktiv bin und mich noch alleine versorgen kann und auch alleine leben will. Ich finde, wir müssen das anerkennen, dass die Menschen zunehmend sagen, sie wollen dort leben, wo sie ihr Leben lang gelebt haben. Und sie wollen auch in ihren sozialen Zusammenhängen bleiben. Das finde ich ganz besonders wichtig. Also selbst wenn sie nicht mehr alleine leben können, dann wollen sie eben nicht in das Nachbardorf oder in die Nachbarstadt, sondern sie wollen dort bleiben, wo ihre Zusammenhänge sind, wo sie auch besucht werden können.

Abg. Werner Raab CDU: Kein Widerspruch.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Und das ist das, was wir brauchen. Wir brauchen zunehmend die aktive Bürgergesellschaft, die solche Versorgungskonzepte auch trägt. Denn das ist natürlich richtig: Wir können das nicht alles professionell machen, das ist ganz

klar. Und diese Modelle, die es gibt in Dauchingen in der Nähe von Donaueschingen oder eben Eichstätten – ich muss die halt immer wieder nennen, denn es gibt leider in Baden-Württemberg nicht so viele gute Beispiele. Es sollen jetzt deutlich mehr werden, wenn wir das neue Landesheimgesetz auf den Weg bringen.

Abg. Werner Raab CDU: Wann? Wann?

(Heiterkeit – Zurufe)

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Wann? Ich denke, noch vor der Sommerpause werden wir das auf den Weg bringen.

Abg. Werner Raab CDU: Sie haben im Frühjahr bei der Vorbesprechung gesagt, Sie liegen terminlich im September.

Moderator Jo Frühwirth: Jetzt wird es politisch. Das lassen wir ein bisschen weg, oder?

(Heiterkeit)

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Nein, da haben wir gesagt, dann sind wir so weit –

Moderator Jo Frühwirth: Wir sind gerade auf so einem guten gemeinsamen Weg, dass wir diese politischen Plänkeleien nicht brauchen.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: In dem Fall ist es halt auch wirklich so, dass Gründlichkeit vor Schnelligkeit geht. Es macht keinen Sinn, einen Schnellschuss zu machen und ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das dann ganz viele offene Flanken lässt. Und das ist ja auch die Politik des Gehört Werdens, dass man das diskutiert mit den unterschiedlichsten Gruppierungen und Verbänden, um dann auch diese Rückmeldung sehr ernst zu nehmen und die auch letztendlich einzubauen in diesen Gesetzestext.

Jetzt haben Sie mich wunderbar aus dem Konzept gebracht, Herr Raab.

Moderator Jo Frühwirth: Ich bringe Sie wieder rein.

(Unruhe)

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ja, gut, okay.

Moderator Jo Frühwirth: Denn ich würde jetzt gerne auch die Gruppe 6 mit hier reinnehmen, weil das sicherlich auch mit eine Rolle spielt – nämlich die Frage: „Gewusst, wie – länger selbstständig mit Technik“. Das ist ja auch ein Aspekt, der hier hineinwirkt. Und die Hauptanliegen waren:

Informations- und Aufklärungsoffensive über den Einsatz technischer Hilfsmittel im häuslichen Bereich

und:

Gute Rahmenbedingungen für den Einsatz von Technik im Bereich der pflegerischen stationären Versorgung.

Also da dürfen Sie jetzt den Faden kurz wieder aufnehmen und Ihre Position dazu sagen, damit Sie jetzt nicht mit einem schlechten Gefühl rausgehen.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Wie nett von Ihnen. – Ich finde, das ist in der Tat ein Ansatz, den ich wirklich voll unterstreichen kann. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass wir uns da insgesamt viel stärker engagieren – sowohl die Kommunen als auch das Land. Wir müssen da deutlich stärker in die Offensive gehen, wenn es darum geht, da eine Aufklärungsarbeit zu leisten, also wirklich auch zu sagen: Was gibt es denn überhaupt an technischen Möglichkeiten, um das auch eben insgesamt in die Verbreitung zu bringen?

Und dann müssen wir in der Tat gucken: Wie können die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden? Und wo sind die Kassen da auch mit im Fokus?

Moderator Jo Frühwirth: Wäre es für die Koalition jetzt nicht eine Aufgabe, da mal auch ein paar schöne Modellprojekte voranzubringen?

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Wir sind dran. Es ist so: Wenn es darum geht, selbstbestimmt so lange wie möglich zu Hause zu leben, ist das ja so eine große Überschrift. Aber wie soll denn das konkret aussehen? Was hilft mir denn dazu? Und da muss man sagen: Da gibt es technische Möglichkeiten, vom abgeschalteten Bügeleisen bis zum Warnsystem, wenn irgendwie etwas passiert.

Moderator Jo Frühwirth: Das kostet Geld, wer zahlt?

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau. Das ist die Frage.

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Ja, da muss man dann sicherlich ein Stufenmodell aufbauen, wo klar ist: Das ist freiwillig, das ist für mich, das ist für meine Wohnung, da kann man vielleicht steuerlich einen Gewinn ziehen, dass man das absetzen kann. Auf der anderen Seite muss man dann auch die Abgrenzung ziehen: Wo zahlt die Pflegeversicherung? Denn ich denke, das ist ein Wert, wenn man zu Hause alleine zurechtkommt und den Pflegedienst entsprechend entlastet. Also ich sehe da an verschiedenen Stellen Handlungsbedarf.

Was das Land anbetrifft, war es so, dass wir in der Arbeitsgruppe ganz klar erkannt haben, dass der Technikeinsatz einfach auch eine schillernde Sache ist, die großen Gewinn bringt, aber die auch Unsicherheit auslöst. Wenn ich da überwacht werde mit einem GPS-System oder mit sonst etwas, dann muss man wissen: Wie kommt das an? Und es ist ganz wichtig, die individuell passende Form zu finden.

Wohnen: Eine Modellwohnung in jedem Landkreis, wo man sich das anschauen kann, wo man das auch vermitteln kann: Wo liegen die Möglichkeiten und wo liegen die heiklen Punkte? Ich denke, das wäre für mich das, was ich voranbringen möchte.

Moderator Jo Frühwirth: Wie stehen Sie zur Technik?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ich will zum einen dieses aufgreifen: Es sollte natürlich nicht ein Eindruck entstehen für die Menschen, dass es da so eine Überwachung gibt. Das, glaube ich, ist ganz wichtig. Aber ich will es einmal an einem praktischen Beispiel benennen aus der eigenen Familie, wo ich jetzt das erlebt habe, dass häufiger ein Krankenhausaufenthalt kurzfristig notwendig wurde. Jedes Mal hat man dem Sanitäter wieder erklären müssen, was dem Patienten fehlt. Jetzt stelle ich mir einfach etwas vor. Die Technik hätten wir dazu; erfolgreiche Modellprojekte gibt es auch schon. Es gibt ja auch viele Menschen, die chronisch krank sind. Wenn man jetzt den Krankenwagen anruft, muss man sich bloß einmal vorstellen: Der Krankenwagen kommt, und der weiß schon, was dem Patienten fehlt, und er fährt dann ins Klinikum und kann im Prinzip schon die Daten übertragen, und die im Klinikum wissen auch schon, was los ist.

Also das sind so Beispiele, mit denen man, glaube ich, teilweise auch ein bisschen die Angst nehmen kann, indem man solche Dinge umsetzt. Es gibt Modellprojekte seitens der Bundesregierung und seitens der alten Landesregierung, die die neue Landesregierung fortgeführt hat. Da gibt es gute Ansätze, die vielleicht noch nicht alle umsetzbar sind, aber die umsetzbar werden.

Und unter dem Aspekt, dass wir natürlich auch eine alternde Gesellschaft sind und wir auch über die Familienverbände gesprochen haben, die nicht überall da sind, ist das für die, die es wollen, eine Möglichkeit, dass man solche Möglichkeiten schafft. Da gibt es wirklich schon sehr gute Projekte. Es gibt ferngesteuerte Versorgungssysteme – immer in Verbindung mit dem Arzt vor Ort; also es ist nicht so, dass das völlig losgelöst ist. Und ich glaube, das müssen wir Zug um Zug aufbauen, dass man aus Modellprojekten auch in die Umsetzung geht.

Und Frau Mielich hatte das Stichwort genannt: Das wird eine Herausforderung sein, dass wir das auch finanztechnisch abbilden mit den Kassen. Denn möglicherweise sparen wir dadurch mehr, als wir an Ausgaben hätten, wenn wir da nichts tun.

Moderator Jo Frühwirth: Ich höre bei solchen Gesprächen immer wieder die Haltung: „Technik – ja, aber sie muss menschenwürdig sein.“ Aber was ist mit dem Geld?

Abg. Werner Raab CDU: Sie muss dem Menschen nutzen.

Moderator Jo Frühwirth: Und wer zahlt?

Abg. Werner Raab CDU: Der, der den Nutzen hat. Der, der den Vorteil hat.

(Unruhe)

Und darüber muss man diskutieren: ob die Pflegekasse sich dadurch Kosten erspart, dass ich eine sinnvolle Technik einsetze.

Und jetzt sage ich Ihnen mal rein persönlich: Wir haben das große Glück, dass immer mehr Geld vererbt wird. Und warum kann ich nicht zu meinen Eltern sagen: „Schafft euch das an, was ihr braucht, um so lange wie möglich in eurer Wohnung zu bleiben und innerhalb unseres Familienverbandes zu bleiben. Das ist es uns auch als Familie wert. Und ich weiß, dass dadurch mein Erbe einmal um ein paar Groschen kleiner wird.“

Vorhin haben wir immer von der Selbstverantwortung gesprochen. Wenn ich mein Leben richtig verstehe, dann habe ich durch meine Arbeit ein Vermögen geschaffen, das mir so lange zusteht, wie ich lebe. Und dann müssen meine Kinder es auch ertragen, dass ich dieses Vermögen für mich einsetze.

Moderator Jo Frühwirth: Jetzt wollte ich gerade sagen: Sagen Sie das mal den Erben.

Abg. Werner Raab CDU: Das müssen Sie nur früh genug sagen. Und wenn man das offen diskutiert – ich weiß, von was ich rede –, dann werden die Kinder sagen: „Die Alternative wäre: Ich besuche dich jeden Tag im Pflegeheim, in einem Zustand, der mir auf der Seele liegt. Dann mach lieber vorher das, was technisch möglich ist.“

Und der Grundsatz muss gelten, den Sie gesagt haben: Die Technik muss den Menschen unterstützen. Ich rede jetzt mit dem zweiten Hut, den ich auch aufhabe. Der Sozialverband VdK wird dieses Thema in den nächsten Monaten ganz nach vorne bringen, um den Menschen auch zu zeigen, was es gibt. In der Universität in Karlsruhe hat man die tollsten Dinge erfunden und entwickelt. Das gibt einen Markt, den können wir uns heute noch nicht vorstellen.

(Zuruf einer Teilnehmerin: Furtwangen auch!)

– Furtwangen auch. Ja. Da gibt es viele. Und wir in Baden-Württemberg als Tüftler sind doch prädestiniert dazu. Und da wird einiges kommen, was das Leben der Menschen erleichtern wird. Und darauf müssen wir zuarbeiten. Und es gibt das schon, Herr Frühwirth.

Abschließend noch ein Satz.

Moderator Jo Frühwirth: Aber nur noch einen.

Abg. Werner Raab CDU: Der Kommunale Versorgungsverband hat diese Modellwohnung; die können Sie schon anschauen. – Das waren zwei Sätze.

Moderator Jo Frühwirth: Ich muss ein bisschen drängeln, weil die große Bahnhofsuhr zu mir herüberwinkt und wir noch zwei Themenbereiche haben, die wir jetzt wirklich sehr konzentriert noch abhandeln wollen.

Die Arbeitsgruppe 7 „Älter werden auf dem Land“: Ich denke, wir haben vom Grundsatz her schon viel besprochen, was alte Menschen zu einem guten, selbstbestimmten Leben

brauchen können. Worin unterscheidet sich das Land von der Stadt? Was muss auf dem Land anders organisiert werden als in der Stadt? Ich denke, dass ist der zentrale Gedanke dabei, weil die anderen Grundsätze für die Leute auf dem Land genauso gelten wie für die Leute in der Stadt. Also, fangen Sie an: Was muss auf dem Land passieren?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wir haben natürlich gewaltige Herausforderungen. Wir haben es eingangs gehabt mit der Mobilität, mit dem Thema „Verkehr“, „Infrastruktur“. Das ist, glaube ich, eines der wesentlichen Themen. Und das Zweite ist die Gesundheitsversorgung. Vor allem die Ärzte, aber nicht nur die Ärzte; auch Apotheken, auch Krankenhäuser. Sie kennen die Konzentrationsprozesse. Da geht es auch darum, dass man Sorgen hat, was passiert, wenn man einen Notfall hat. Bin ich dann noch versorgt oder nicht? Das heißt, es ist eine ganz wichtige, zentrale Aufgabe, dass wir das im ländlichen Raum hinbekommen.

In der Stadt ist das sicherlich mit Zeitverzögerung durchaus auch an der einen oder anderen Stelle in einem Stadtteil ein Thema, aber im ländlichen Raum, wenn ich dann vielleicht 50 oder 60 Kilometer zum nächsten Arzt oder zur Apotheke zu fahren habe, ist das schon ein Thema, das, glaube ich, eine ganz wichtige Herausforderung darstellt.

Moderator Jo Frühwirth: Ich meine, einen interessanten Gesichtspunkt hat Frau Professor Kricheldorff in ihrem Referat ja gebracht: dass Leute aufs Land ziehen, aber nicht dazugehören. Das war ja immer der große Vorteil vom Land: „Da stimmt noch der Familienverbund, und da hilft man sich gegenseitig und da ist der eine für den anderen da.“ Aber plötzlich verändern sich da Strukturen. Wie sieht das aus Ihrer Sicht aus?

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Genau. Ich denke, das Land – oder was man unter „ländlichem Raum“ versteht – ist an der Stelle wirklich genau anzugucken. Es sind die Zugezogenen, es sind diejenigen, die am Ort wohnen, aber irgendwo anders arbeiten. Die soziale Anbindung ist gar nicht so groß, wenn einmal die Kinder ein gewisses Alter haben und ausgezogen sind. Da sehe ich eine Herausforderung. Da sehe ich auch eine Herausforderung, die das Gemeinwesen anbetrifft. Ich denke wirklich, die Kommunen haben an der Stelle auch eine Mittlerfunktion, weil das Gemeinwesen als solches an der Stelle so etwas wie einen blinden Fleck hat.

Moderator Jo Frühwirth: Frau Mielich, und dann ist man noch Single auf dem Land. Was passiert dann?

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ich glaube, dann zieht man weg.

(Heiterkeit)

Moderator Jo Frühwirth: Dann zieht man weg?

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Also, das glaube ich jetzt wirklich. Wenn man auf dem Land wohnt und diese Forderung jetzt hier im Raum steht, ein inklusives Gemeinwesen zu schaffen – und „inklusiv“ heißt: wirklich alle miteinander –, dann heißt das natürlich auch „generationenübergreifend“, aber es heißt eben auch, dass die älteren Leute

integriert werden und auch die Menschen mit Behinderungen. Für mich ist ein ganz zentraler Baustein, dass das Gemeinwesen bzw. dass diese Kommunen barrierefrei werden, damit die Leute sich wirklich gut bewegen können. Und das ist nicht nur gut für Menschen, die einen Rollator haben, sondern auch für Kinder oder für Kinderwagen. Das ist das eine.

Und das Zweite ist in der Tat, dass wir noch einmal neu darauf gucken müssen, unter diesem Gesichtspunkt, den Frau Kricheldorff genannt hat, dass es zunehmend Leute gibt, die auf dem Land gewohnt haben, aber dort nie verankert waren. Da ist dann für mich auch die Frage – das müsste man auch noch einmal genauer anschauen –: Bleiben die dann wirklich dort, wenn ihre Kinder draußen sind, oder ist der Trend so, dass die dann zurück in die Stadt gehen? Von meinem Gefühl her würde ich sagen, dass es sich eher so entwickelt – es sei denn, sie sind da verwurzelt, haben z. B. da ihre Freunde oder sind in Vereinen engagiert.

Das, was sie auf jeden Fall auch brauchen – jenseits dessen, was Herr Haußmann gerade schon gesagt hat mit der Gesundheitsversorgung, die natürlich ein ganz zentrales Thema ist – ist auch die Infrastruktur, mit einer Basisversorgung. Also wir brauchen zumindest Einkaufsmöglichkeiten, die rollatorfreundlich zu erreichen sind, damit Leute, die z. B. ein bisschen gehbehindert sind, die Möglichkeit haben, immer noch alleine und selbstständig einkaufen zu gehen. Ich glaube, wenn das stirbt – also wenn der Tante-Emma-Laden im Dorf stirbt und die Apotheke nicht mehr dort ist und dann die Grundschule auch nicht mehr da ist –, dann wird der ländliche Raum entvölkert, und das wollen wir auf gar keinen Fall. Baden-Württemberg ist ein ländlich strukturiertes Land, und um den ländlichen Raum lebendig zu erhalten, müssen wir da ein echtes Augenmerk drauf legen, dass wir da richtig was tun, um das nicht aussterben zu lassen.

Moderator Jo Frühwirth: Herr Raab, es gibt ja so zarte Pflänzchen, dass die Tante-Emma-Läden an der einen oder anderen Stelle mal wieder aufgrund von Bürgerinitiativen entstehen.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Als Beispiel.

Abg. Werner Raab CDU: Die Schlecker-Nachfolge jetzt.

Moderator Jo Frühwirth: Ja, zum Beispiel; das ist jetzt ein großes Thema. – Wie wichtig ist es, dass die Altenpolitik auch an anderer Stelle – nämlich bei der Wirtschaftspolitik – sozusagen ins Bewusstsein rücken muss? Denn bestimmte wirtschaftliche Entscheidungen verändern ja auch räumliche Strukturen.

Abg. Werner Raab CDU: Selbstverständlich. Und da haben wir in Baden-Württemberg vielleicht einen Vorteil anderen gegenüber, weil wir in den letzten Jahrzehnten dieses Land dezentral aufgebaut haben. Wir haben nicht eine Stadt München, in die alle ziehen und die anderen Bereiche werden entvölkert. Wir haben starke Oberzentren, und die wirken in sich schon in ihre Umfelder hinein, sodass wir das Mezzogiorno hier nicht haben.

Und die ganzen Entwicklungen, die können Sie übrigens – und Sie werden mir sicherlich Recht geben – mit dem Blick über den Rhein sehr deutlich sehen. Wir hatten in den 70er und 80er-Jahren viele Menschen aus Baden, die ins Elsass gezogen sind, weil dort die Grundstücke günstig waren, das Leben schöner war und, und, und. Und die kommen heute alle zurück.

(Unruhe)

Moderator Jo Frühwirth: Das Essen ist besser.

Abg. Werner Raab CDU: Das Essen ist nicht mehr besser. Die Elsässer kommen zum Essen bereits schon auf die andere Seite.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau. Die kommen nach Baden.

Abg. Werner Raab CDU: Das ist so.

Moderator Jo Frühwirth: Das muss auch einmal gesagt sein. Gut.



Abg. Werner Raab CDU: Das ist so. Daran können Sie erkennen: Wir denken in Strukturen, die wir erhalten wollen, aber gar nicht erhalten können, weil die Menschen mobil sind, ihre eigenen Entscheidungen treffen und danach handeln.

Moderator Jo Frühwirth: Wir müssen aber jetzt – und damit komme ich zum letzten Punkt – auch in Strukturen denken, die wir uns geschaffen haben. Jetzt sind wir an einem ganz entscheidenden Punkt. Das ist der Punkt 8, aber deswegen nicht der letzte von der Wichtigkeit her, und zwar geht es um das Thema: Was machen wir mit den alten zugewanderten Menschen? Wie können die leben? Da hat die Gruppe formuliert:

Das Land Baden-Württemberg hat von den „Gastarbeitern“ profitiert. Was kann es im Hinblick auf Integration und Wertschätzung für gleichberechtigte Teilhabe von älteren Migranten konkret tun?

Ich nehme das jetzt nicht als Frage, sondern als Aufforderung, dass man da etwas tun müsste.

Und:

Wie können beiderseitiges Vertrauen und gegenseitige Wertschätzung gefördert werden?

Also: Wie gehen wir sozusagen mit den alten Menschen mit Migrationshintergrund um? – Sie dürfen gleich weitermachen.

Abg. Werner Raab CDU: Da sollten wir die guten Beispiele, die wir auch haben, verbreiten und den Leuten sagen: Es gibt Bereiche, wo diese Sozialisation stattgefunden hat und gut gelaufen ist. Ich könnte da auch wieder konkrete Beispiele sagen.

Wir sollten schauen: Was hat denn bei uns die Strukturen geschaffen? Zum Beispiel die Kirchen. Inwieweit sind die Moscheevereine in der Lage, solche Strukturen aufzubauen, wo sie noch nicht sind? Da würde ich als Bürgermeister auf die Gruppierungen zugehen und mit ihnen sprechen und sagen: „Was braucht ihr?“ Denn eines möchte ich nicht – diese Mentalität „Wir haben in Deutschland gearbeitet, wir haben dort unser Geld verdient und auch noch eine Zeit dort gelebt, und wenn wir alt werden, gehen wir sowieso nach Hause.“ Nein, die gehen nicht nach Hause, und darum müssen wir hier Angebote geben.

Ich war vor einigen Jahren in Duisburg. Da leben 90.000 Ausländer. – Darf man das noch sagen heutzutage? – Ja. Da leben 90.000 Menschen, und diese –

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Mitbürger mit Migrationshintergrund.

Abg. Werner Raab CDU: Das sind Migranten. Die haben keinen Migrationshintergrund; das sind Migranten. – Und diese Menschen haben dort Strukturen geschaffen. Und weil wir in Baden-Württemberg das nie als großes Problem erkannt haben, weil wir auch keine Ghettobildung wie in Berlin zugelassen haben, hat man das Thema lange Zeit nicht als großes Thema betrachtet. Wenn es jetzt ein Thema ist, dann muss man es angehen.

Moderator Jo Frühwirth: Wir haben ja manchmal auch ein bisschen Berührungängste, Dinge auszusprechen. Das hat man gerade bei dem Beispiel „Migrationshintergrund oder Migranten“ gesehen. – Frau Mielich, müssen wir da die Migranten – ich sage das jetzt einfach so – nicht genauso in die Pflicht nehmen und auch denen Selbstverantwortung abverlangen und sagen: „Okay, hier ist unsere Hand zur Zusammenarbeit, aber bitte schön, bringt euch ein und bringt euren Anteil mit“?

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Also, ich finde, erst mal muss da eine Analyse her. Ich sage das wirklich ganz bewusst, denn es gibt nämlich die unterschiedlichen Generationen Migrantinnen und Migranten. Die aus der ersten Generation sind durchaus zum größten Teil zurück in ihre Herkunftsländer gefahren, wenn sie in das Rentenalter gekommen sind. Die der zweiten Generation bleiben hier, und die der dritten sind ja noch gar nicht so alt. Und da gibt es natürlich auch entsprechende Herausforderungen. Bei denen aus der zweiten Generationen sprechen die Frauen nicht wirklich gut Deutsch z. B., und das,

finde ich, ist ein Riesenproblem, wenn es darum geht, ein vernünftiges Gesundheitssystem aufzubauen, was auch von Migrantinnen und Migranten genutzt wird, und vor allen Dingen auch die Versorgung im Alter zu sichern.

Ich glaube, natürlich auch da geht es darum: Die alten Migrantinnen und Migranten wollen natürlich genauso wie alle anderen auch so lange wie möglich in ihrer häuslichen Umgebung bleiben, und sie sind immer noch ganz gut eingebunden in diese familiären Strukturen.

Und „Analyse“ heißt z. B. – damit haben wir nämlich angefangen –, dass der Familienzusammenhalt in Migrationsfamilien immer noch ein deutlich stärkerer ist. Also das ist wichtig, und ich finde schon auch, dass unser Ansatz auf der Landesebene natürlich durchaus ist, Initiativen auf den Weg zu bringen, die von Migranten für Migranten gemacht sind. Also das heißt eben auch, z. B. niederschwellig Migranten zu schulen, damit sie halt auch Präventionsangebote machen für ihre entsprechenden ethnischen Gruppierungen und die dann dort auch anbieten in den Kulturzentren.

Da gibt es in Stuttgart ein sehr gutes Projekt. Das heißt „Mit Migranten für Migranten“ – also MiMi. Da wird eine Gesundheitsberatung gemacht von Frauen mit Migrationshintergrund für Frauen mit Migrationshintergrund, mit dem Ziel, zu erreichen, dass z. B. die Kinder zur Vorsorgeuntersuchung gehen, dass die geimpft werden usw., aber dass eben auch Gesundheitsaspekte insgesamt in die Familien hineingetragen werden. Das finde ich einen sehr guten Ansatz; das geht auch in diese Richtung „Wir übernehmen Selbstverantwortung“. Aber das ist dann eben auch wirklich ein ganz konkretes Projekt, und da müssten wir verstärkt arbeiten.

Moderator Jo Frühwirth: Ich schliesse daraus, dass die Altenpolitik für Migranten nicht erst im Alter der Migranten beginnt, sondern, wie wir auch in anderen Themenfeldern gesehen haben, schon weit vorher beginnen muss.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau. Ja.

Moderator Jo Frühwirth: Wie ist Ihre Position zu diesem Gebiet?

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Ganz zentral denke ich, dass die Migranten die gleiche Qualität der Pflege und der Betreuung bekommen wie alle anderen auch. Im Bereich der Pflege wird sehr viel getan. In den Pflegeschulen wird das Personal durch die kultursensible Pflege in die verschiedenen Kulturkreise geführt, emotional und kognitiv. Da wird wirklich sehr gute Arbeit geleistet. Das Potenzial ist noch da, denke ich, dass das noch weiter entfaltet wird.

Also diese Sensibilität, dass man nicht jemand hat, der gerne Spätzle mit Soße isst und Braten, sondern der andere Essgewohnheiten hat, andere Lebensgewohnheiten – dass man das ernst nimmt, dass man darauf eingeht. Da wird sehr gute Arbeit geleistet, an der für die Zukunft angeknüpft werden kann. So kommen wir auch den Menschen entgegen und werden ihrer Lebensgeschichte gerecht.

Moderator Jo Frühwirth: Herr Haußmann, es kommt nicht oft vor, würde ich sagen, dass Sie als kleinste Fraktion jetzt das Schlusswort in dieser Runde haben.

(Heiterkeit)

Aber wir haben heute eine so tolle Atmosphäre hier, dass das angebracht ist.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ich will es auch ganz kurz halten. Ich habe vorhin ein bisschen schmunzeln müssen bei dem Improvisationstheater „Die fünfte Jahreszeit“, wo ja, sage ich mal, nicht jeder gewagt hätte, so in die Tiefe zu gehen. Und ich habe mir in der Arbeitsgruppe gedacht: Immerhin wird in Baden-Württemberg das Bestattungsrecht jetzt geändert, sodass auch Menschen mit anderen Kulturen vielleicht hier die letzte Ruhe finden. Das wäre vielleicht der letzte Block der Migrationspolitik, die wir jetzt gerade diskutieren.

Nein, ich glaube, es gibt natürlich schon auch im Bereich der Pflege viele Projekte und überkonfessionelle Angebote, die es zu verstärken gilt. Und dann sage ich mal: Die Landesregierung hat sich eine hohe Hürde gelegt. Sie hat ein Integrationsministerium geschaffen mit viel Personal, und da erwarte ich mehr als Nähmaschinenkurse für Integration zu fördern, sondern da wird man sich 2016 an dem Ziel bemessen, ob hier wirklich etwas vorangegangen ist.

Moderator Jo Frühwirth: Ein bisschen politische Stichelei muss sein.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das darf am Schluss vielleicht noch sein.

(Zuruf: Wir sind hier im Landtag!)

Da erwarte ich konkrete Fortschritte, wenn man dieses Ministerium 2016 fortführen will.

Moderator Jo Frühwirth: Okay. Ein bisschen politische Stichelei musste sein. Das sind manchmal einfach Reflexe, die kommen; das ist so. Aber trotzdem habe ich als Moderator das so empfunden, dass Sie hier die Bereitschaft haben, dieses große Aufgabenfeld auch angemessen zu behandeln. Ich habe damit gerechnet, dass Mitglieder des Sozialausschusses sich nicht zerfleischen auf diesem Podium, und habe mir deshalb aus unserem Vorgespräch einen Satz aufgeschrieben, und der hieß: „Wir zeigen im Sozialausschuss, dass wir im Landtag auch zusammenarbeiten und was Anständiges miteinander machen können.“

(Zurufe – Beifall)

Und ich wünsche Ihnen allen, dass Sie im Sinne der Seniorinnen und Senioren in Zukunft etwas Anständiges machen. Dazu wünsche ich Ihnen viel Kraft und viel Energie. Und recht herzlichen Dank.

(Zuruf: Danke an Sie! – Beifall)

Ich bedanke mich, wie gesagt, beim Podium. Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Geduld. Ich darf jetzt Feierabend machen, aber ich übergebe vorher das Wort an den Gastgeber.

Ich werde gerade noch aufmerksam gemacht, dass es über diese Ergebnisse der Arbeitsgruppen eine Präsentation geben wird auf der Homepage des Landesseniorenrates und dass es auch vom Haus hier eine Dokumentation geben wird, wo Sie die inhaltlichen Punkte noch einmal nachverfolgen können.

(Zurufe: Der Vortrag!)

– Der Vortrag. Ja, den Vortrag von Frau Professor Kricheldorff werden Sie dann auch im Netz finden. – Das ist die Aufforderung für Sie jetzt, im Netz aktiv zu werden und auf die Seite des Landesseniorenrates zu gehen.

Und jetzt übergebe ich das Schlusswort an den Gastgeber, an den Landtagspräsidenten Guido Wolf.

Schlusswort des Landtagspräsidenten

Guido Wolf MdL

Meine Damen und Herren! Die meisten von Ihnen, die heute Vormittag pünktlich hier gestartet sind, haben es auch bis zum Ende der Veranstaltung geschafft und durchgehalten. Das ist für mich ein Grund, mich ganz herzlich bei Ihnen zu bedanken. Sie waren und sind heute die Hauptpersonen im Landtag von Baden-Württemberg. Heute hatten einmal die Politiker nur die zweite Geige zu spielen; die Experten aus eigener Betroffenheit haben erste Geige gespielt. Dafür an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Ich danke Herrn Frühwirth für die engagierte Moderation über den ganzen Tag hinweg. Da gehört ja auch etwas dazu, alle immer bei Laune zu halten und gegen die Durchhänger anzugehen. Sie haben das mit sehr viel Kompetenz und auch Sachkunde gemacht, und es war spürbar, dass Sie sich hier nicht nur moderierend, sondern auch an der Sache interessiert eingebracht haben. Auch dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Bei den Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag, denke ich, war es spürbar: Das war heute nicht Pflichtübung, sondern das war ehrliches Angebot zum Dialog, das war ehrliche Offenheit für Ihre Belange. Es wird nicht alles von dem, was Sie sich wünschen, 1:1 von heute auf morgen umsetzbar sein, aber ich bin sicher, dass wir mit sehr viel Nachdenklichkeit und einer neuen Erkenntnis dessen, was Sie bewegt und was für Sie wichtig ist, in die kommende Arbeit hier im Landtag gehen, und ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen herzlich bedanken.

Dass da manchmal unterschiedliche politische Ansätze zum Ausdruck kommen, das muss nicht zwingend, Herr Frühwirth, „Reflex“ sein. Das ist parlamentarische Demokratie, und ich glaube, Unterschiede dürfen ja auch erkennbar werden; das gehört zum politischen Geschäft. Wichtig, meine Damen und Herren – und jetzt kommt meine Rolle – ist, dass wir das anständig tun, dass wir in der Sache streiten, ohne uns persönlich anzugreifen. Das gehört zu einem Parlament, das auch den Namen „Parlament“ und „parlamentarische Auseinandersetzung“ verdient hat.

(Beifall)

Sie haben uns heute auch sehr viel an Diskussionskultur beigebracht. Auch dafür ein herzliches Dankeschön.

Ich will jetzt nicht mehr in die Tiefe gehen; das haben Sie soeben in der Diskussion getan. Ich glaube, im Resümee geht es einfach darum, dass wir Politiker uns bewusst werden: Wir verstehen zwar sehr viel von unserem Handwerk; das bilden wir uns ein, und das stimmt ja auch weitgehend. Aber es gibt in diesem Land außer den gewählten Politikern auch noch andere, die verdammt viel von dem verstehen, wovon sie täglich betroffen sind, wo sie durch eigene Betroffenheit zu Experten geworden sind – und das sind Sie, meine Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Diese Offenheit, die wünsche ich mir für uns Politiker. Und ich wünsche, dass Sie heute mit nach Hause nehmen, dass es gelungen ist, auch hier den Gesprächsfaden zu knüpfen.

Ich wünsche Ihnen allen einen guten Nachhauseweg. Ich wünsche Ihnen, dass auch Sie spüren: Baden-Württemberg ist ein Land, in dem Politik gemacht wird für Menschen im fortgeschrittenen Alter, in dem Politik gemacht wird, die dem demografischen Wandel Rechnung trägt. Ich wünsche mir, dass Sie heute erfahren durften: „Ja, meine Betroffenheit, mein Talent, meine Fähigkeit in diesem Land ist gefragt und hat einen hohen Stellenwert.“

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine gute, besinnliche Adventszeit, ein schönes Weihnachtsfest und jetzt einen guten Nachhauseweg. Schauen Sie, dass Sie Ihre Züge noch rechtzeitig bekommen, sofern Sie fahren, und pünktlich fahren. Schauen Sie, dass Sie gut und sicher nach Hause kommen. Ich freue mich, dass Sie heute da waren, und wünsche Ihnen allen eine gute Zukunft. Und vor allem: Bleiben Sie gesund, damit wir uns auch im neuen Jahr wieder gesund und munter begegnen können. – Herzlichen Dank allen, die mitgewirkt haben.

(Beifall – Schluss: 16:10 Uhr)

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Landtags von Baden-Württemberg

Gestaltung:

Besucherdienst des Landtags von Baden-Württemberg

Fotos:

Andreas Kaier

Druck:

Hausdruckerei des Landtags von Baden-Württemberg

Anschrift des Herausgebers:

Landtag von Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 3

70173 Stuttgart

Internet: www.landtag-bw.de

© 2013

Landtag von Baden-Württemberg